

Tabakarbeiter

Erscheint Sonnabends. Redaktionsschluss
Montags. Bezugspreis monatlich 40 ¢
ohne Bringergeld. Anzeigenpreis 35 ¢
für die sechsspaltige Millimeterzeile.
Redaktion, Expedition, Verlag: Bremen.
An der Weide 20. Tel. Domsheide 2 07 80

Organ des
Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Schriftleitung: Ferdinand Dahms. Ver-
antwortlich: für den redaktionellen Teil
Heinrich Borag, für die Anzeigen Oswald
Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-
Verband, Ferdinand Husung. Druck: J. H.
Schmalfehl & Co. Sämtlich in Bremen

Nummer 49

Bremen, 3. Dezember

Jahrgang 1932

Verbandsjubiläum und 21. Verbandstag

Um es gleich vorweg zu sagen: Verbandsjubiläum und Verbandstag haben einen in jeder Beziehung harmonischen und zufriedenstellenden Verlauf genommen. Ohne den Dingen Gewalt anzutun, darf behauptet werden, daß es in der Tabakarbeiterbewegung wohl noch keine Tagung gegeben hat, wo die Verbundenheit mit den ausländischen Bruderorganisationen und mit den freien Gewerkschaften Deutschlands so klar in die Erscheinung getreten ist wie vom 21. bis 24. November. Und nicht nur das. Wer jemals daran gezweifelt haben sollte, daß junge und alte, männliche und weibliche, arbeitende und arbeitslose Verbandsmitglieder eine unerschütterliche Einheit bilden, der ist in Bremen eines Besseren belehrt worden.

Es war ein geradezu erhebender Augenblick, als nach den vortrefflichen Worten des Altveteranen Wilhelm Heine, der seiner Befriedigung über den Verlauf des Verbandstages Ausdruck gab, Ernst Gulich im Namen der jungen Generation das Gelöbnis ablegte, das von den Alten übernommene Erbe gut zu verwalten und nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis der Sieg errungen ist. Wer die Stimmung im Kreise der jungen Kolleginnen und Kollegen kennt, weiß, daß Ernst Gulich ihnen aus dem Herzen gesprochen hat und daß sein Gelöbnis ein tausendfaches Echo finden wird.

Wilhelm Heine sprach auch von der größeren Bedeutung, die die weiblichen Mitglieder jetzt im Organisationsleben gegenüber früher haben. Und er hatte recht. Am deutlichsten wurde das bei den vom Verbandstag vorgenommenen Wahlen sichtbar. Sowohl in die Leitung wie auch in die einzelnen Kommissionen des Verbandstages wurden Kolleginnen gewählt. Ebenso sind die weiblichen Mitglieder im Verbandsbeirat jetzt stärker vertreten als jemals zuvor. Und das ist gut so. Bei dem großen Anteil der weiblichen Arbeitskräfte in der Tabakindustrie wird der Deutsche Tabakarbeiter-Verband seine Mission nur dann erfüllen können, wenn die Kolleginnen auf allen Gebieten seines Wirkens tatkräftig mitarbeiten.

Und die Verbundenheit zwischen den noch arbeitenden und den arbeitslosen Mitgliedern? Sie tritt wohl nirgends klarer in die Erscheinung als in dem einmütig gefaßten Beschluß des Verbands-

tages, allen Mitgliedern, die am 22. November 1932 arbeitslos oder krank waren oder invalide sind, mindestens 52 Hauptkassenbeiträge geleistet und ihre statutarischen Verpflichtungen gegenüber dem Verband erfüllt haben, anlässlich des fünfzigjährigen Bestehens des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes eine einmalige Sonderunterstützung zu gewähren.

Diese Notgemeinschaft ist es, die die Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes fester und fester zusammenschmiedet, und bei allen Teilnehmern der Bremer Veranstaltungen den festen Willen bestärkt hat, den gegenwärtigen unleidlichen Verhältnissen ein Ende zu bereiten. Wer das Verbandsjubiläum und den 21. Verbandstag mit erleben durfte, ist unerschütterlich in seinem Glauben an den endlichen Sieg des Sozialismus. Mögen die reaktionären Gewalten, mögen die Feinde der Arbeiterbewegung die Gewerkschaften noch so sehr berennen, Karl Menke hatte recht, als er in seinem Schlußwort dem Sinne nach erklärte: Der Deutsche Tabakarbeiter-Verband, getragen von dem Vertrauen seiner Mitglieder, steht da wie ein Fels im Meer.

Von dem Geist, der vom 21. bis 24. November in Bremen geherrscht hat und der überall herrschen sollte, wo freigebergschaftlich organisierte Arbeiterinnen und Arbeiter der Tabakindustrie zusammen sind, zeugt wohl am besten die Tatsache, daß fast alle Beschlüsse einstimmig oder mit an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheiten gefaßt wurden. Einstimmig wurde der Verbandsvorstand wiedergewählt, dem nach dem allgemeinen Bericht von Ferdinand Husung und dem Kassenericht von Johannes Krohn gegen nur eine Stimme Entlastung erteilt worden war. Ebenso einstimmig wurden der neue Vorsitzende des Verbandsausschusses, Ludwig Selpen — der an die Stelle des wegen seines hohen Alters ausscheidenden Louis Schoene, dem der Verbandstag für seine langjährige Tätigkeit im Dienste der Tabakarbeiterbewegung herzlich dankte, tritt — und die Mitglieder des Verbandsbeirats gewählt, so daß wohl ohne Übertreibung gesagt werden darf: Das Problem Massen und Führer besteht im Deutschen Tabakarbeiter-Verband nicht; denn hier sind Massen und Führer eines Sinnes und eines Willens.

Aber auch die Anträge der Statutenberatungskommission, die sich im großen und ganzen die Vorschläge der Verbandsinstanzen zu eigen gemacht hatte, haben die Zustimmung der übergroßen Mehrheit der Delegierten des Verbandstages gefunden. Dadurch sind die Wünsche nach einer Beitragsklasse für Mitglieder mit einem außerordentlich niedrigen Wochenverdienst erfüllt worden.

Diese Betrachtungen können jedoch nicht abgeschlossen werden, ohne der vorzüglichen Ausführungen zu gedenken, mit denen der Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Wilhelm Eggert, den 21. Verbandstag sowohl bei der Aussprache über den Geschäftsbericht wie auch in seinem Referat über die Lage der Weltwirtschaft — das den Leserinnen und Lesern mit dieser Nummer des „Tabakarbeiter“ in einer Sonderbeilage zur Kenntnis gebracht wird — beglückt hat. Wenn hier und da noch Zweifel vorhanden gewesen sein sollten, daß die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zum Sterben verurteilt ist und durch eine sozialistische abgelöst werden muß, er hat sie beseitigt.

Zu gleicher Zeit fand er aber auch den richtigen Ton, um dem Streben der Arbeiter nach Einheit Ausdruck zu verleihen. Kein Wort gegen die kommunistisch orientierten Mitglieder der freien Gewerkschaften, die jedem offen stehen, der ihre Säkungen anerkennt und nach ihnen zu handeln bereit ist. Um so schärfer jedoch die Verurteilung der gewerkschaftsschädigenden Zersplitterungspolitik der Kommunistischen Partei, deren Presse sich nicht scheut hat, auch den Deutschen Tabakarbeiter-Verband, seinen 21. Verbandstag und seinen Ehrenvorsitzenden Karl Deichmann mit Lügen und Verleumdungen zu verunglimpfen.

So dient man der Einheit der Arbeiterbewegung nicht und die Arbeiterinnen und Arbeiter der Tabakindustrie, die unter besonders schwierigen Verhältnissen zu kämpfen haben, können sich am allerwenigsten den Luxus gegenseitiger Zerfleischung leisten. Einig und geschlossen werden sie auch in Zukunft handeln, indem sie mehr noch als bisher für die Ausbreitung und Stärkung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes wirken, der nummehr in das zweite halbe Jahrhundert seines Bestehens eingetreten ist.

Bericht des Vorstandes und Ausschusses

Nach Erledigung des ersten Punktes der Tagesordnung des 21. Verbandstages, über den wir in der vorigen Nummer des „Tabak-Arbeiter“ berichtet haben, folgt Punkt 2: Bericht des Vorstandes und Ausschusses.

Der allgemeine Bericht

wird erstattet dem Verbandsvorsitzenden Husung (Bremen):

Die Berichtsperiode stand im Zeichen einer von Jahr zu Jahr sich verschärfenden Weltwirtschaftskrise mit allen ihren Nachteilen für die Arbeiterschaft. Die tiefere Ursache dieser gewaltigsten aller Krisen, die wir erlebten, ist in der kapitalistischen Wirtschaftsführung zu suchen, die des heiligen Profits willen, trotz Überflusses an Verbrauchsgütern, die Menschheit darben und bei überfüllten Scheuern Millionen von Menschen hungern läßt. Diese Wirtschaftsordnung umzugestalten zu einer planvollen Gemeinwirtschaft, muß das Ziel unseres Strebens sein.

Die vom letzten Verbandstag dem Verbandsvorstande und dem Verbandsbeiräte überwiesenen Anträge sind im Rahmen des Möglichen berücksichtigt worden. Im übrigen müssen wir bitten, einige vom Verbandsvorstand, Beirat und Ausschuss gemeinsam gefasste Beschlüsse, durch die Rechte der Mitglieder nicht beeinträchtigt, sondern erweitert worden sind, noch nachträglich zu genehmigen.

So ist beschlossen worden, daß jenen Mitgliedern, die das 65. Lebensjahr erreicht haben, die Invalidenunterstützung nach der Leistung von 780 Beiträgen gezahlt werden soll, während nach den Beschlüssen des Münchener Verbandstages 1300 Beiträge geleistet werden mußten. Weiter ist der Vorstand bei der Invalidenunterstützung, wenn sie von der Invalidenversicherung rückwirkend bewilligt wurde, über den Rahmen des Statuts hinweggegangen, und die Unterstützung nicht erst bewilligt von dem Tage an, an welchem der Antrag eingereicht wurde, sondern rückwirkend und zwar längstens bis zum Beginne desjenigen Quartals, in welchem die Unterstützung bei uns beantragt wurde.

Auch bezüglich der Beitragsleistung bei Kurzarbeit ist eine Neuregelung erfolgt, die mit dem 1. Januar d. J. in Kraft getreten ist. Weiter haben wir gemeinsam im Laufe dieses Jahres beschlossen, daß arbeitslose Tabakarbeiter ohne Leistung eines Eintrittsgeldes die Mitgliedschaft im Verband erwerben können, und daß arbeitslose Tabakarbeiter und -arbeiterinnen, die bis zum Eintritt ihrer Arbeitslosigkeit Mitglieder des Verbandes waren und ihre statutarische Beitragspflicht bis dahin erfüllen, während ihrer Arbeitslosigkeit die alte Mitgliedschaft erwerben können unter der Voraussetzung, daß sie mindestens 156 Wollbeiträge aufs neue leisten.

Die bereits gegen Ende des Jahres 1928 zunehmende Arbeitslosigkeit im Berufe beeinträchtigte die Fortentwicklung unseres Verbandes hinsichtlich der Mitgliedererwerbung und besonders der Erhaltung nicht unwesentlich. Auch die im Jahre 1929 mit gutem Erfolge geführten Lohnbewegungen in allen Branchen unserer Industrie, sowie die mit aller Energie betriebene Agitation konnten die Rückwärtsentwicklung unserer Mitglieder nicht verhindern. Unsere Agitation wurde mit Entschiedenheit und dem Einsatz aller Kräfte geführt, mit dem Erfolg, daß 1928: 22.490, 1929: 13.319, 1930: 11.537 und 1931: 7.497, insgesamt 54.843 Neuaufnahmen zu verzeichnen waren. In diesem Jahre bis zum 30. September 2732.

Mit dem Rückgang der Neuaufnahmen geht einher der Rückgang unserer Mitglieder. Am 30. September 1932 war der Mitgliederverlust gegen 1. Januar 1928

männlich	4 133	= 24 54 %
weiblich	15 490	= 28 38 %
zusammen	19 623	= 27,4 %

Beachtenswert ist bei der Beurteilung dieser Zahlen, daß bis zum Ende des Jahres 1930 der prozentuale Verlust an männlichen Mitgliedern größer ist als der der weiblichen. 1931 und 1932 wird das Verhältnis aber umgekehrt, der prozentuale Verlust an weiblichen Mitgliedern überschreitet den der männlichen ganz erheblich und liegt am 30. September 1932 mit 11,6 über dem der männlichen. Die Agitation unter den Arbeitslosen brachte 129 Neuaufnahmen und 103 alte Mitglieder, sowie die Rückgewinnung in Rückstand geratener Mitglieder. So bedauerlich der eingetretene Mitgliederverlust auch ist, zur Mutlosigkeit gibt er keinen Anlaß. Ein Vergleich der Vollarbeiterzahl mit der Zahl unserer Mitglieder ergibt, daß vorhanden waren im

Jahre	Vollarbeiter	Mitglieder	Ende v. J.
1928	145 125	78 282	53,2
1931	101 030	60 721	60,1

Das Verhältnis in der Zahl unserer Mitglieder zur Zahl der ermittelten Vollarbeiter war demnach im Jahre 1931 noch besser als im Jahre 1928, wo wir den höchsten Mitgliederbestand in der Nachinflationzeit hatten, und trotzdem im Jahre 1931 die Vollarbeiterzahlen nicht mit 300 Arbeitstagen errechnet wurden. Immerhin, die Entwicklung der Mitgliederbewegung kann uns nicht befriedigen. Alles muß aufgeboten werden, die Rückwärtsentwicklung unserer Mitgliederbewegung zum Stillstand zu bringen und einer Aufwärtsbewegung den Weg zu bereiten.

Die Arbeitslosigkeit in der Tabakindustrie, über die sich Redner, gestützt auf ein reichhaltiges statistisches Material, eingehend verbreitet, wurde verstärkt durch Tabakzoll- und Tabaksteuererhöhungen, sowie sonstige Änderungen des Tabaksteuergesetzes. Durch Notverordnung vom 5. Juli 1931 wurde die in Höhe von 75 v. H. des entgangenen Verdienstes auf die Dauer von 52 Wochen zu zahlende Tabaksteuerunterstützung mit Wirkung vom 1. Juli 1931 aufgehoben. Damit war das feierliche Versprechen des Reichspräsidenten gebrochen, die Tabakarbeiter in grenzenloses Elend gestürzt und der Willkür der Fabrikanten preisgegeben. Die Entschädigung der Fabrikanten, die ihre Betriebe wegen der Tabaksteuererhöhung schließen mußten, blieb dagegen bestehen und wird heute noch bezahlt. Auch die Neueröffnung von Betrieben ist in der Zigarrenherstellung noch nicht gestattet. Die steuerlichen Maßnahmen der Regierungen beeinträchtigen aber nicht nur die Arbeitsmarktlage, sondern auch die Höhe des Lohnes. Charakteristisch ist, daß von den in den Jahren 1928 bis 1930 geführten 477 Bewegungen nur 100 Abwehrbewegungen waren, für 144 491 Personen wöchentliche Lohnverschlechterungen im Betrage von 75 967 M und 1383 Personen sonstige Verschlechterungen abgewehrt werden konnten, während für 665 Personen Verschlechterungen in Kauf genommen werden mußten, die 1312 M pro Woche betragen. 1931 dagegen waren von den 168 Bewegungen 91 Abwehrbewegungen Abgewehrt wurden für 117 746 Personen 328 582 M pro Woche und für 456 Personen sonstige Verschlechterungen. Verschlechterungen traten aber ein für 114 319 Personen 162 066 M gleich — 138 M pro Woche. Dazu die durch den Reichspräsidenten verordnete Lohnsenkung für 128 507 Personen 446 521 M pro Woche gleich 3,38 M pro Woche.

Dagegen konnten in den Jahren 1928 bis 1930 für 215 834 Personen an wöchentlichen Zulagen 415 738 M und für 159 463 Personen sonstige Verbesserungen errungen werden. Im Jahre 1931 konnten dagegen nur für 3677 Personen 7138 M Lohn erhöhungen und für 1212 Personen sonstige Verbesserungen durchgesetzt werden. Im laufenden Jahre haben sich die Machtverhältnisse zwischen Arbeitgebern und

Arbeitnehmern noch mehr zuungunsten der letzteren verschoben. Die fortschreitende Wirtschaftsdpression trug zum Erstarren der politischen Reaktion bei und diese wieder begünstigte die Lohnabbaubestrebungen der Arbeitgeber. Darunter hatten wir auch stark zu leiden. Besonders waren es wieder die Zigarren-, Rauchtabak- und Schnupftabakfabrikanten, die mit mehr als unverschämter zu bezeichnenden Forderungen herantreten.

Obwohl wir in den beiden letzten Jahren empfindliche Opfer bringen mußten, glaube ich sagen zu dürfen, daß wir uns trotzdem gut geschlagen haben. Im Jahre 1930, wo in anderen Industriegruppen der Lohnabbau schon längst in Blüte stand, haben wir unsere Löhne fast restlos gehalten.

Nachdem wir, wenn auch unter schweren Opfern, die Löhne für die Hauptbranchen bis zum Frühjahr 1933 gesichert, wurde die Notverordnung vom 5. September erlassen, die die Unternehmer ermächtigte, die Tarifsöhne bis zu 50 v. H. für die 31. bis 40. Wochenarbeitsstunde kürzen zu können, wenn eine entsprechende Anzahl von Arbeitern neu eingestellt worden ist.

Auch an Versuchen, von der Ermächtigung zur Lohnsenkung Gebrauch zu machen, hat es nicht gefehlt. 4 Firmen, die 2393 Arbeiter beschäftigten, kündigten Lohnsenkungen an. Eingeleitete Verhandlungen hatten das Ergebnis, daß die Firmen die angekündigten Lohnsenkungen zurücknahmen, nachdem ihnen zum Bewußtsein gebracht, daß die Arbeiter sich jeder Lohnsenkung widersetzen würden.

Bei einer Firma, die 371 Arbeiter, davon 279 Arbeiterinnen, beschäftigte, wurde der Tariflohn um 40 bis 50 v. H. für die 31 bis 40. Arbeitsstunde gekürzt. Da die eingeleiteten Verhandlungen zu keinem Ergebnis führten, kam es zur Arbeitseinstellung. Nach einwöchigem Kampf erklärte sich die Firma bereit, den vollen Lohn weiterzuzahlen. Einiges und entschlossenes Handeln führten hier zu einem raschen und vollen Erfolg.

Wie wirkt sich nun die Papensche Wirtschaftsanforderung in der Tabakindustrie aus?

Nach vorliegenden Berichten wurden am 15. August beschäftigt

	seitdem	entlassen
in der Zigarrenbranche	55 512	6800
Zigarettenbranche	12 537	915
Rauch- u. Schnupftabakbranche	2 542	17
Rautabakbranche	1 785	34
	7766	2568

Das ergibt eine Mehrbeschäftigung von 5198 Personen.

Die Tätigkeit, die der Verband auf den übrigen Gebieten seines Wirkens ausübte, ist in den vorliegenden schriftlichen Berichten eingehend behandelt worden. Dabei kann nachgewiesen werden, daß mit vielem Fleiß und den Verhältnissen entsprechenden guten Erfolgen gearbeitet wurde. Allen Mitgliedern und Funktionären danke ich für die aufreibende und mühselige Arbeit, die sie im Interesse der deutschen Tabakarbeiter und für den Verband leisteten.

Hart werden wir aber um unseren Wiederaufstieg kämpfen müssen. Darum gilt es, diesen Kampf vorzubereiten dadurch, daß wir die in unsere Reihen gerissenen Lücken wieder auffüllen und unsere Organisation zu einer alle Tabakarbeiter umfassende ausgestalten.

Werden die Beratungen und Beschluffassungen des 21. Verbandstages sich in diesem Sinne auswirken, dann werden wir gekürt und gekräftigt aus dieser Krise hervorgehen, und nach ihrer Überwindung die Tabakarbeiter zu neuen und besseren Erfolgen führen können. (Stürmischer Beifall.)

Krohn (Bremen), Vorstand:

Ausführliche Kassenberichte sind für jedes Jahr verteilt worden. Ich beehrte mich deshalb auf einen allgemeinen Ueberblick über die Kassenverhältnisse und ihre Entwicklung. Besonders über dieses Jahr, über das nicht berichtet worden ist, das aber einschneidende Bedeutung hat, wenn man die Finanzlage unseres Verbandes beurteilen will. Das Vermögen des Verbandes betrug:

	M	M	M
1928	1 254 826.48	286 380.39	
1929	1 816 726.96	381 399.20	
1930	2 302 051.31	464 414.91	
2. Quartal 1931 ...	2 583 925.12	465 251.39	
8. Quartal 1932 ...	2 362 413.17	381 597.19	

In den Ueberprüfungen, die wir besonders in den Jahren 1928 bis 1930 machen konnten, spiegelt sich der Beschäftigungsgrad unserer Mitglieder wider. Es waren 1928 durchschnittlich Arbeitslose 9,68; 1929: 15,90; 1930: 19,95 und 1931 37,13 v. H. Daß wir im ersten Halbjahr 1931 unseren Kassenbestand noch erhöhen konnten, lag daran, daß die Erwerbslosenunterstützung gesperrt war. Die Verringerung der Ueberprüfungen, die sich schließlich in Zuschüsse verwandelten, ist nicht zuletzt auf die erhöhten Ausgaben für Erwerbslosenunterstützungen zurückzuführen. Wir zahlten an Erwerbslose: 1928: 223 318.46 M.; 1929: 399 138.15 M.; 1930: 851 722.14 M.; 1931 (eigentlich in 1/2 Jahr): 453 880.54 M.; in 3 Quartalen 1932: 262 149.32 Mark. Im besonderen lag es aber auch am Rückgang der Einnahmen. Die Einnahmen betrugen 1928: 1 511 620.05 M.; 1929: 1 372 393.65 Mark; 1930: 1 314 657.65 M.; 1931: 1 052 178.05 Mark; in den ersten drei Quartalen 1932: 419 751.55 M. Sonstige Einnahmen: 1928: 99 770.16 M.; 1929: 96 350.01 M.; 1930: 127 610.15 M.; 1931: 171 129.61 M. und 1932: 63 467.52 M. Die Einnahmen an Beiträgen sind also beinahe auf 1/2 gegen 1928 gesunken.

Ende 1928 hatten wir 78 282 Mitglieder und jetzt 51 756 Mitglieder. Das sind 1/2 weniger, während die Einnahmen 1/2 weniger geworden sind. Das andere Drittel, um das die Einnahmen zurückgegangen sind, also 1/2 Million Mark, sind von den vorhandenen Mitgliedern weniger geleistet worden, so daß eine Verminderung der Beitragsleistung um 50 v. H. stattgefunden hat.

Die Höhe des Wertes der verkauften Marken ist durchschnittlich in derselben Höhe geblieben, rund 50 %. Aber die Zahl der geleisteten Beiträge ist um über die Hälfte gesunken. 1928 waren es 39,74 pro Jahr, jetzt 18,16 pro Jahr. Im Vergleich zu den Beitragseinnahmen betragen die Gesamtausgaben 1928: 61,33 v. H.; 1929: 66,08 v. H.; 1930: 72,87 v. H.; 1931: 98,68 v. H. und in den ersten drei Quartalen 1932: 148,35 v. H.

Bei Bekämpfung der Gewerkschaften wird von den Gegnern oft auf die angeblich so hohen Verwaltungskosten hingewiesen. Wie steht es damit? 1928 machten die Ausgaben für Unterstützungen, Lohnbewegungen, Lokalkassen und das Verbandsorgan 38,49 v. H. der Beitragseinnahmen und 61,33 v. H. der Gesamtausgaben aus. 1931 waren es 58,61 v. H. der Beitragseinnahmen und 98,68 v. H. der Gesamtausgaben. Demgegenüber betragen die Verwaltungskosten 1928 gleich 9,60 v. H. und 1931 gleich 13,52 v. H. der Beitragseinnahmen. In Summen ausgedrückt ergibt das in den Berichtsjahren 1928 bis 1931: Einnahme an Beiträgen 5 250 849.40 M. Davon an die Mitglieder zurück 2 453 679.30 M. (in Form von Erwerbslosenunterstützung 1 428 141 M.). Ueberfluß und Darlehen zurück 1 742 984.61 M. Zusammen sind das 4 196 655 M. Demgegenüber wurden für Verwaltungs- (persönliche und sächliche) Ausgaben 595 931,08 M. ausgeben.

Anschließend kann ich wohl das sagen, daß wir finanziell noch gut dastehen. Sorgen wir dafür, daß es so bleibt. (Lebhafter Beifall.)

erstattet der Vorsitzende deselben Schoene (Hamburg), der darauf hinweist, daß noch am Tage vor dem Verbandstag eine Kassenrevision stattgefunden habe, bei der Bücher und Belege in bester Ordnung befunden worden seien. Der Verbandsausschuß beantragt für den Gesamtvorstand Entlastung.

Sodann folgt die

Aussprache

Teichmann (Schwedt) spricht dem Verbandsvorstand das schärfste Mißtrauen aus wegen seiner Stellungnahme in der Lohnfrage und kritisiert im Zusammenhang damit die rückläufige Mitgliederbewegung, das Schlichtungswesen und die Einstellung des „Tabak-Arbeiter“. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen fordert Redner die Rückgängigmachung der Ausschüsse oppositioneller Mitglieder, wobei er besonders auf die Berliner Maivorgänge hinweist. Redner verteidigt die russischen Verhältnisse und sucht den Anfang der Spaltung der Arbeiterbewegung in der Kriegspolitik der Sozialdemokratischen Partei.

Luzmann (Berlin) wendet sich gegen die Ausführungen Teichmanns wegen der Wiederaufnahme oppositioneller Kollegen. Der Ausschluß der früheren Berliner Mitglieder wurde damals getätigt, weil sie nicht so gehandelt haben, wie sie als Funktionäre des Verbandes hätten handeln müssen. Redner gibt dann eine Schilderung der damaligen Berliner Verhältnisse und erklärt, daß das, was am 1. Mai passiert sei, nicht hätte passieren dürfen. Im übrigen hätten die Gewerkschaftsfunktionäre gutmachen müssen, was die KPD. eingebrocht habe.

Lüdge (Magdeburg): Es sind nicht allein wirtschaftliche Ursachen, die die ungünstigen Verhältnisse verursacht haben, sondern auch Fehler der Republik, weil man die Demokratie nicht gesichert habe. Man versucht, den Kapitalismus auf Kosten der Arbeiter zu stützen. Das Jahreseinkommen ist von 76 auf 42 Millionen herabgesenkt. Nur die sozialistische Verlorungs Idee kann uns retten, wozu allerdings Einigkeit der Arbeiterschaft gehört. Redner kritisiert dann die Maßnahmen der Papen-Regierung und bedauert, daß der Lohnabbau kampfflos hingenommen wurde. Die Lohnsenkung betrage insgesamt, wenn man die Verschiebung der Gewichtsstufen usw. hinzurechnet, 32 v. H.

Rnösche (Freiberg): In ländlichen Gebieten gibt es neben den Tabakarbeitern keine anderen Arbeitergruppen. Notwendig ist, daß Aufrufe zu Wahlen, Maifeiern usw. eine Woche früher im „Tabak-Arbeiter“ erscheinen, weil es vorgekommen ist, daß die Mitglieder den „Tabak-Arbeiter“ erhielten, wenn die Wahlen schon vorüber waren. Dann möchte ich noch anregen, daß Berichte über erfolgreiche Abwehrbewegungen auf der ersten Seite des „Tabak-Arbeiter“ in hervorragender Schrift erscheinen.

Jacobs (Trier): Beim Abschluß der Tarifverträge muß der Vorstand freie Hand behalten. Den von Trier gestellten Antrag, in den Betrieben der Zigarettenindustrie an gleichartigen Maschinen die gleiche Anzahl von Arbeiterinnen oder Arbeitern zu beschäftigen, bitte ich anzunehmen. Gegen die Verleumdungsversuche unserer Gegner bitte ich ein populäres Flugblatt herauszugeben. Die Kommunisten haben kein Recht zur Kritik, weil sie bisher noch keine positive Arbeit für die Arbeiterbewegung leisteten.

Egger, Bundesvorstand (Berlin): Ich bringe Ihnen den Gruß des Bundesvorstandes und damit zugleich den Gruß der im ADGB. organisierten 4 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter. Ohne zu schmeicheln, kann ich sagen, daß Ihre Gewerkschaft ein stolzer Verband im Bunde der Gewerkschaften ist, der auf seinen Fahnen die Tradition gewerkschaftlicher Kämpfe trägt. Nicht immer ist die Größe eines Verbandes entscheidend. Es ist vielmehr der Geist, der in der Ge-

werkschaft herrscht. Ein Reichskanzler hat den Satz geprägt: „Keine Regierung kann gegen die organisierte Arbeiterschaft regieren.“ Wenn ich die Ereignisse der letzten Tage recht zu deuten verstehe, dann wird es sich vielleicht schon in nächster Zeit zeigen, wie berechtigt dieses Kanzlerwort ist. Von dem Kollegen aus der Schweiz habe ich heute morgen gehört, daß er mit starker Betonung sagte: „Unsere Leute schauen mehr in die Zukunft als in die Vergangenheit.“ Tatsache ist, daß wir in Deutschland anders veranlagt sind. Wenn unsere Gegner von uns verlangen, die Lohnsätze zu kürzen, so müssen wir erst alle Wege der Verhandlung versuchen, ehe wir zum letzten Mittel greifen. Es war unser unergieblicher Karl Legien, der das Wort prägte: „Der Streik ist nicht das beste Mittel, sondern das letzte Mittel im Kampfe.“ Um die Mitte dieses Jahres sind an den Bundesvorstand zahlreiche Anregungen ergangen, die Führung in die Hand zu nehmen, um so die deutsche Arbeiterbewegung zu einigen. Infolge dieser Anregungen hat der Bundesvorstand versucht, zu einer Einigung zu kommen und verlangt, daß, wenn eine einheitliche Abwehrfront der politischen Parteien in der deutschen Arbeiterbewegung erfolgen sollte, dieses nur dann möglich sei, wenn alle Beteiligten freiwillig darauf verzichteten, die Kampfgenossen in entehrender Weise anzugreifen. Der Verzicht auf böswillige Verunglimpfung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei sei die Mindestforderung, die die Kommunistische Partei erfüllen müsse, wenn eine Einheitsfront erzielt werden soll. Die KPD. hat geantwortet: „In unserer gesamten Politik wie auch in der Führung des Wahlkampfes bleibt nach wie vor die strategische Orientierung maßgebend, wonach wir den Hauptstoß in der Arbeiterklasse gegen die Sozialdemokratie führen müssen.“ Das ist die Erklärung der KPD. auf eine ehrlich gemeinte Anregung des Bundesvorstandes des ADGB. Ohne Ueberheblichkeit darf ich sagen, wenn wir einen Gradmesser anstellen, dann müssen wir feststellen, daß die Elite der Arbeiterschaft unter unseren Fahnen marschiert und nicht bei der KPD. Wir sehen jeden Tag unsere Gewerkschaften dort ein, wo es möglich ist, Erfolge für die Arbeiter zu erringen und wo wir die Gegner abwehren können. Wir lassen uns keinen Augenblick irre machen an der Aufgabe, die vor uns steht. Wenn es uns gelingt, durch diese beispiellose Krise der Geschichte eine Organisation von 4 Millionen geschulter Kerntruppen hindurchzuführen, dann mag es um uns branden, soviel es will. Zum Schluß noch eins: Ich kenne kein Verbandsstatut, das eine Bestimmung enthielte, in der gefragt wird: Was Geistes Kind bist du in bezug auf Religion und Weltanschauung? Danach fragen wir nicht. Wir sagen nur: Komme und kämpfe mit uns, aber wenn du Mitglied unseres Verbandes sein willst, dann hast du die Sagen des Verbandsstatuts anzuerkennen! Wenn wir den Ruf nach Einigkeit erheben, so ist es nicht nötig, das in den Reihen unserer Gewerkschaftsmitglieder zu tun, sondern es muß dort geschehen, wo dieser Wille zur Einigkeit noch nicht vorhanden ist. Wir müssen unseren Befreiungskampf fortführen unter den Fahnen des Sozialismus und mit dem Lösungswort: Vorwärts! Aufwärts! Endlich und trotzdem zum Sieg!

Lüdge (Magdeburg): Der Abbau der Löhne ist weit stärker erfolgt als der Abbau der Lebensmittel. Wir haben heute Löhne die zum Teil unter den Friedenslöhnen liegen. Aus diesem Grunde ist es notwendig, daß wir die Beiträge herabsetzen. Die Zigarettenindustrie wird immer mehr ins flache Land verlegt. Da die Lohnunterschiede zwischen den einzelnen Tarifgebieten zu groß sind, wären nur circa drei Tarifgebiete im Deutschen Reich zu erstreben, um die Lohnunterschiede so gering wie möglich zu gestalten.

A r t e d t (Hamburg): Die zentrale Lohnpolitik für Zigarrenherstellung sowie auch für das Rauchtobakgewerbe muß erhalten werden. Wenn wir auch bei einem tariflosen Zustand in guter Konjunktur etwas mehr erreichen könnten, so würde dieses in schlechten Zeiten doch wieder verloren gehen.

W e n k e (Bünde): Trotz der Krise liegt kein Anlaß zur Mutlosigkeit vor. Bei uns in Westfalen sind die Fabrikanten dazu übergegangen, bei Neueinstellungen nur junge Mädchen zu berücksichtigen, die sie für jeden Hungerlohn haben können. Familienväter werden nicht eingestellt und fallen der Fürsorge zur Last. Diese Handlungsweise der Fabrikanten müssen wir auf das Entschiedenste verurteilen. Die von den Kommunisten an der Arbeiterbewegung geübte Kritik wirkt sich nur zugunsten der Reaktion aus.

T r ä b i n g (Bremen): Unsere Tarifpolitik halten wir für richtig. Hier in Bremen haben wir es jetzt hauptsächlich mit der Rauchtobakindustrie zu tun. In der Rauchtobakindustrie werden die modernsten Maschinen benutzt und hierbei wird die Arbeitskraft bis zum Neuesten ausgenutzt. Unser Antrag, den Maschinenarbeitern eine höhere Entlohnung zu sichern, soll nur eine Anregung für spätere Lohnverhandlungen sein.

L a m p e (Leipzig): Dem unsozialen Verhalten der Zigarrenfabrikanten, die ihre Betriebe von den Städten auf das flache Land verlegen, wo ungeschulte Arbeitskräfte eingestellt werden, während in den Städten alte Berufskräfte erwerbslos sind und der Fürsorge zum Opfer fallen, muß Einhalt geboten werden. Ebenso müssen wir der steuerlichen Belastung des Tabakgewerbes schärfsten Kampf ansagen.

S h m i d t (Brotterode): Die mit den Arbeitgebern abgeschlossene Lohnvereinbarung hindert uns an der Agitation. Festzustellen ist, daß nicht nur durch den Lohnabbau, sondern auch durch Lieferung schlechten Materials die Lohnsätze weit mehr herabsinken als durch den Lohnabbau zum Ausdruck kommt. Das Elend unter den Tabakarbeitern ist geradezu erschütternd. Von der zentralen Lohnpolitik dürfen wir nicht abgehen.

M a r i e W o l f (Heidelberg), Gauleiterin: Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern waren sehr schwer. Es hat unfägliche Mühe gekostet, um das Abgleiten der Löhne zu verhindern. Außerdem ist es Tatsache, daß uns bei unseren Bestrebungen nicht immer unsere Mitglieder in den Betrieben zur Seite stehen. In verschiedenen Orten unseres Gaues haben sich die Arbeiterinnen direkt zu niedrigeren Löhnen angeboten. In anderen Gauen liegen die Verhältnisse ähnlich. Trotzdem dürfen wir nicht von der zentralen Lohnpolitik abgehen.

W i e b e r (Friesenheim): Bei uns in Oberbaden werden Wochenlöhne von 6 bis 12 M erzielt. Die Arbeitgeber kümmern sich nicht um die Tarifbestimmungen und da glauben manche Arbeiter dann, Arbeit um jeden Preis annehmen zu müssen. Die Fürsorgeunterstützung ist bei uns niedriger als in anderen Gebieten des Reiches. Das ermöglicht den Unternehmern, immer stärkeren Lohndruck auszuüben. Dazu haben wir in Oberbaden sehr stark unter den Kommunisten und Nationalsozialisten zu leiden. Trotzdem verlieren wir nicht den Mut.

W e n z e l (Bremen), Vorstand: Den Antrag von Trier wegen der Arbeit an Zigarettenmaschinen müssen wir dem Beirat überweisen. Die Durchführung wird sehr schwer sein. In der Zigarrenherstellung haben wir von Anfang an versucht, weniger Ortsklassen zu schaffen. Wenn wir heute soviel Ortsklassen haben, so ist das auf die Zeit zurückzuführen, wo möglichst jeder Ort für sich eine besondere Ortsklasse haben wollte. Unser Bestreben ist immer gewesen, die untersten Lohnklassen zu heben, um sie immer mehr und mehr den höheren Klassen anzugleichen. Nach unserer Auffassung erhalten nur noch 12 v. H. unserer Kollegen einen mehr als 10prozentigen Lohnzuschlag. Die Behauptung, wir seien unter die Friedenslöhne gesunken, stimmt nicht.

T z s h u p p a n (Elbing): Mit der zentralen Lohnpolitik sind wir einverstanden. Wir müssen aber fordern, daß der 5prozentige Lohnabschlag für Nordost beseitigt wird. Zu dem Kampf der Kommunisten gegen uns ist festzustellen, daß alle kommunistischen Kollegen, die wirklich im Sinne der Einheitsfront arbeiten, aus der KPD. ausgeschlossen werden.

D a h m s (Bremen), Redakteur dankt zunächst für die gegebenen Anregungen und verspricht, ihnen, soweit das möglich ist, Rechnung zu tragen. Auch bisher ist schon nichts unversucht gelassen worden, den „Tabak-Arbeiter“ drucktechnisch und inhaltlich immer lesenswerter zu gestalten. Die Einführung der drei Spalten und die Veröffentlichung von Romanen beweisen das. Redner wendet sich dann den Anträgen zu, die eine andere Schreibweise des „Tabak-Arbeiter“ verlangen. Unter Berufung auf seine Ausführungen in München 1928 erklärt er, keine andere Stellung einnehmen zu können, so lange die kommunistische Partei ihre gewerkschaftsschädigende Haltung, für die er Beweise anführt, beibehalte.

A p p e l t (Zinsterwalde): Den Antrag von Jastrow, „Tariffragen durch Abstimmung zu erledigen“, bitte ich abzulehnen. Im „Tabak-Arbeiter“ dürfen nicht nur wirtschaftliche Fragen behandelt werden, auch der unterhaltende Teil muß sorgfältig gepflegt werden.

L o p k a (Leisnig): Nach Wiedereröffnung der Betriebe wurde der Lohn sofort abgebaut. Bei dem 15prozentigen Lohnabbau hat man nicht energisch genug Abwehr geleistet. Im Tarif bestehen für Maschinenarbeiter keine Bestimmungen über Entlohnung. Die Entlohnung erfolgt nach dem Zeitlohntarif, und dieser Lohn genügt unter keinen Umständen. Die Bezirkszuschläge müssen einheitlicher geregelt werden.

W a l t e r m a n n (Blottho): Als einer der Vertreter des Verbandsbeirates hätte ich eine stärkere Kritik an der Vereinbarung erwartet. Ich hätte den Wunsch, daß die gesamte Kollegenschaft einmal bei Lohn- und Tarifverhandlungen zugegen wäre, dann würde sie erkennen, wie schwer solche Verhandlungen sind und welche Verantwortung auf der Verhandlungskommission ruht.

E l i s a b e t h S t o l z (Dresden): Aus dem Vorstandsbericht entnehmen wir, daß unser Verband trotz der großen Krise unerschütterlich dasteht. Unsere Verbandszeitung ist gut ausgestaltet. Die weiblichen Mitglieder schenken dem „Tabak-Arbeiter“ größere Beachtung als das früher der Fall war. Daß die weiblichen Mitglieder auf dem Verbandstag nicht genügend vertreten sind, liegt an der Zurückhaltung unserer Kolleginnen. Die Kollegen, die dem Schlichter die Verantwortung bei Verhandlungen auferlegen wollen, geben schlechten Rat. Wir müssen den Mut aufbringen, die Verantwortung selbst zu übernehmen.

M a r k e r (Hodenheim): Ich war zwei Jahre als Kriegsgefangener in Russland. Nachdem ich zurückkam, habe ich mich der U.S.P. und später der kommunistischen Partei angeschlossen und habe dabei allerlei Erfahrungen gemacht. Die Kommunisten arbeiten mit den schmutzigsten Mitteln. Ihre Einheitsfrontbestrebungen sind nicht ehrlich gemeint. Wenn die Kommunisten wirklich eine Einheitsfront wollen, mögen sie zu uns in die Eiserner Front kommen.

Schlusßwort

H u s u n g (Bremen), Vorstand: Reichmann steht allein auf weiter Flur. Die Vorgänge in Berlin sind von Reichmann falsch dargestellt. Kollege Lutzmann hat festgestellt, wie es in Berlin war. Man hat die Kollegen auf die Straße geholt, selbst war man aber zu feige, sich an die Spitze zu stellen. Die Kommunisten setzen derweilen im Café und lachten über die Dummheit der Massen. Der frühere Kollege Armbrust hat sich auszureiben versucht, daß er verhaftet gewesen sei und nicht hätte mit de-

monstrieren können. Dabei ist Armbrust gar nicht verhaftet gewesen. Zur Wiederaufnahme der durch die Berliner Vorgänge ausgeschlossenen ist zu sagen, daß eine Wiederaufnahme zu alten Rechten gar nicht in Frage kommt. Von Fall zu Fall mag örtlich über eine Wiederaufnahme entschieden werden. Bei der großen Arbeitslosigkeit waren wir gezwungen, das Lohnabkommen anzunehmen. Ein Schiedspruch hätte an dem Lohnabkommen nichts geändert. Der Verbandsvorstand steht auf dem Standpunkt, daß Lohnregelungen von Organisation zu Organisation durchgeführt werden. Die Hinzuziehung eines Schlichters darf nur in äußersten Fällen erfolgen. Die Behauptung, die Lohnsätze seien unter die Friedenslöhne gesunken, ist nicht richtig. Vor dem Kriege waren die Lohnsätze in weiten Gebieten recht niedrig und standen weit unter den jetzigen Lohnsätzen. Wir sollen das Errungene auch nicht verteidigen. Bei Tarifabschlüssen ist es nicht immer möglich, die günstigste Zeit für einen Abschluß abzuwägen, und da muß man mitunter etwas in Kauf nehmen, was bei besserer Konjunktur abgewehrt werden kann. Für die Maschinenarbeiter haben wir einen 30prozentigen Lohnzuschlag gefordert. Diese Forderung ist abgelehnt und konnte nicht durchgesetzt werden, weil das Organisationsverhältnis unter diesen Arbeitern nicht gut ist. Immerhin müssen jetzt Zuschläge gezahlt werden. Auch die Ortszuschläge wollten wir einheitlicher gestalten, aber die Verhältnisse waren stärker als wir. Stärken wir unsere Organisation, dann werden wir weitere Erfolge erringen. (Beifall.)

Bei der dann folgenden

Abstimmung

wurden einstimmig angenommen: Die Anträge Leipzig, die sich gegen das unsoziale Verhalten der Zigarrenfabrikanten bei der Verlegung von Betrieben und die steuerliche Belastung des Tabaks wenden. Ebenso einstimmig der Hamburger Antrag, der für die Beibehaltung der zentralen Lohnpolitik eintritt. Die übrigen Anträge zu den Tarif- und Lohnfragen wurden einstimmig dem Verbandsvorstand und Verbandsbeirat überwiesen. Nur der Antrag Verden, der Verbandsstag möge Mittel und Wege suchen, um das Unterbieten der Tariflöhne zu verhindern, wurde durch die Aussprache für erledigt erklärt. Desgleichen wird der Protest der Zahlstelle Leipzig gegen die Roterordnungen für erledigt erklärt, da die Gewerkschaften bisher schon in dieser Richtung gewirkt haben. Der Redaktion wurde einstimmig der Antrag Freiberg überwiesen, Aufruf 14 Tage zuvor im „Tabak-Arbeiter“ erscheinen zu lassen; der Beschwerdef Kommission der Einspruch der Zahlstelle Berlin gegen die Entscheidung des Verbandsausschusses.

Abgelehnt gegen 3 Stimmen wurden die Anträge Jastrow, Leipzig und Stargard, die bei Tarifabschlüssen Abstimmungen und Konferenzen wünschen. Gegen 5 Stimmen die Anträge Jastrow und Leipzig auf Herausgabe eines Adressenverzeichnisses, gegen 1 Stimme der Antrag Schwedt zum Schlichtungswesen und einstimmig der Antrag Jastrow, wonach die Verbandszeitung nur wirtschaftliche Interessen zu vertreten hat. Gegen 2 Stimmen wurden durch Uebergang zur Tagesordnung die Anträge der Zahlstellen Schwedt und Blottho erledigt, die eine andere Schreibweise des „Tabak-Arbeiter“ und die Wiederaufnahme ausgeschlossener oppositioneller Mitglieder fordern. Zum Schluß wird der Antrag des Verbandsausschusses, dem Verbandsvorstand Entlastung zu erteilen, gegen 1 Stimme angenommen.

Ueber die Erledigung der anderen Punkte der Tagesordnung berichten wir in der nächsten Nummer des „Tabak-Arbeiter“, wobei auch des Jubiläums und der Abschiedsfeier gedacht werden soll. Das Referat von Wilhelm Eggert über

Die Lage der Weltwirtschaft

erscheint in dieser Nummer des „Tabak-Arbeiter“ als Sonderbeilage.

Die Lage der Weltwirtschaft

Referat von Wilhelm Eggert (ADB., Berlin) auf dem 21. Verbandstag

Ich bin davon überzeugt, daß wohl selten in der früheren Geschichte die wirtschaftlichen Zusammenhänge der einzelnen Länder und die Wechselwirkungen ihrer wirtschaftlichen Gestaltung so deutlich geworden sind, wie im Verlauf der jetzigen Krise.

Rückgang der industriellen Weltproduktion

In den Ländern Europas und der Vereinigten Staaten Amerikas sind um die Mitte des Jahres 1932 ungefähr 25 Millionen Menschen arbeitend vorhanden gewesen. Das ist eine so ungeheuerliche Zahl, daß sie in ihrer ganzen Tragik erst richtig verständlich wird, wenn man sich zum Beispiel klarmacht, daß zu jedem Menschen im Erwachsenenalter in irgendeiner Beziehung wenigstens ein anderer Mensch materiell steht, bei Verheirateten sind es oft zwei oder drei Personen, so daß wir es mit einer Arbeitslosigkeit zu tun haben, deren Opfer so groß an Zahl sind, wie fast das deutsche Volk überhaupt. Oder sehen wir das Weltbild von einer anderen Seite: zwar alle Länder sind betroffen, aber nicht alle Länder gleich schwer.

Einen Gradmesser für diese Verschiedenheit der Krisenwirkung und doch zugleich ein Bild von ihrer umfassenden weltwirtschaftlichen Verheerung sehen wir immer in dem Stande der industriellen Weltproduktion. Setzt man die industrielle Weltproduktion vom Jahre 1928 gleich 100, so betrug sie Mitte 1932 in den Vereinigten Staaten 53,2 v. H., in Oesterreich 53,6 v. H., in Deutschland 53,8 v. H., in Polen 54,6 v. H., in Ungarn 65 v. H., in Belgien 70 v. H., in Frankreich 73,4 v. H., in Kanada 76,8 v. H., in Großbritannien 80,6 v. H., in Schweden 88 v. H., in Japan 107,5 v. H. und in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken 206,1 v. H. Der Durchschnitt der industriellen Weltproduktion gegenüber 1928 (gleich 100 gesetzt) ist auf 67 v. H. gesunken. Ganz klar und deutlich ist aus diesen Zahlen erkennbar, daß die Weltwirtschaftskrise über den ganzen Erdball gegangen ist und eigentlich nur zwei Länder verschont hat, nämlich Japan und Rußland. Das hat natürlich seine besonderen Ursachen. In Japan und in Rußland hat die Kriegsfurie im Fernen Osten durch die Erzeugung von Kriegsmaterial den Stand der industriellen Produktion hochgehalten.

Außerdem kommt für Sowjetrußland besonders seine produktive Tätigkeit auf dem industriellen Gebiete des Fünfjahresplanes in Frage, eine Unternehmung, wie sie in der Welt beispiellos dasteht, von der wir aber klar sehen müssen, daß sie nicht nur das Ziel verfolgt, die Industriestaaten Europas und Nordamerikas einzuholen, sondern Sowjetrußland will diese kapitalistischen Staaten überholen.

So haben beide Länder in dieser weltwirtschaftlichen Krisensituation eine Sonderstellung, in der industriellen Warenproduktion aufzuweisen, eine Erhöhung sogar gegenüber 1928. Aber die Welt-

wirtschaftskrise ist trotzdem nicht spurlos an ihnen vorübergegangen. In Japan ist sie sehr schnell eingetreten, und Rußland ist, wenn ich von Deutschland ausgehe, nicht mehr in der Lage, neue Produktionsmittel aus der deutschen Industrie nach Rußland zu holen, weil umgekehrt Deutschland keine agrarischen Güter aus Rußland mehr einführt.

Nimmt man zum Vergleich statt 1928 etwa den Höchststand der industriellen Weltproduktion im Jahre 1929, wie es das Konjunkturforschungsinstitut in Berlin bisweilen tut, so beträgt diese im Durchschnitt nur 60 v. H. der besten Blütezeit 1929. Dieser Zusammenbruch der industriellen Weltproduktion ist in seinem Umfange etwa genau so groß, wie die gesamte industrielle Gütererzeugung der Vereinigten Staaten im Jahre 1928 war. Oder noch ein anderes Bild: Der Verlust vom Jahre 1930 auf 1931, der Zusammenbruch noch einmal um 20 v. H. ist in seinem Umfang genau so groß wie die industrielle Produktion Deutschlands und Frankreichs zusammen.

Das Bild der gebliebenen Produktion hat sich nun aber auch merkwürdig gewandelt, nämlich die Arten der Erzeugnisse in der Welt haben sich im Verlaufe der drei Krisenjahre ganz bedeutend gewandelt. Größer ist der Rückgang in der Erzeugung der Produktionsgüter, der Maschinen und Werkzeuge aller Art, weniger groß ist der Rückgang in der Herstellung von Verbrauchsgütern. Und eigenartigerweise auch nicht so groß wie der Verlust in der Produktionsgüterindustrie ist der Verbrauch an Nahrungs- und Genussmitteln. Wenn man die ganz großen Schlüsselindustrien betrachtet, wie Eisen- und Stahlerzeugung, wie den Maschinenbau der Welt, dann findet man, daß sie seit ihrem Höchststande von 1929 glatt halbiert worden sind. Manche Zweige sind überhaupt ausgelöscht. In Deutschland zum Beispiel hat die Grobeisenindustrie nur noch 30 v. H. ihrer Erzeugungsmenge von 1929. Von diesen 30 v. H. verbliebener Erzeugung werden jetzt noch 75 v. H. auf die Weltmärkte geworfen, so daß nur ein geringer Bruchteil am Innenmarkt verarbeitet wird. Wer hier an der Wasserkante die aufliegenden Schiffe gesehen hat, der weiß, daß der Schiffbau fast nahezu vollkommen verloren ist. Er hat 90 v. H. Verluste erlitten! Ich rede hier natürlich vom Schiffbau der Handelsflotte.

Desgleichen liegt die Baumwirtschaft in der Welt vollkommen danieder, so daß in Deutschland der Baugewerksbund seit Jahren 94 v. H. seiner Mitglieder erwerbslos hat. Andererseits ist die Verbrauchsgütererzeugung, zum Beispiel bei Textilien, nur um rund 15 v. H. unter ihrem Höchststande vom Jahre 1929 gesunken. Man kann annehmen, daß die Stürze der Preise für Rohstoffe auf dem Textilmarkt hier den Zusammenbruch ein wenig aufgehalten haben. Aber man darf ohne Uebertreibung sagen, daß in dieser Zahl ebenso wie in den Zahlen der Nahrungs- und Genussmittelindustrie ein

Beweis dafür zu erblicken ist, daß die Landeszentralen des Internationalen Gewerkschaftsbundes doch in der Lage waren, gegenüber früheren Krisen, wo sie nicht vorhanden waren, durch ihre gewerkschaftliche Arbeit und ihre Kämpfe einen weiteren Rückgang zu verhindern, so daß die Arbeiter nicht nackt und hungrig umkommen.

Weltwirtschaftskonferenz in Genf

Im Jahre 1927 habe ich auf der Weltwirtschaftskonferenz in Genf, an der ich das Vergnügen hatte, als Vertreter des Bundesvorstandes und der damaligen deutschen Regierung teilzunehmen, an dem Schlußbericht dieser Konferenz selbst mitgearbeitet. Die Konferenz machte in ihrem Schlußbericht folgende Feststellung:

Einen allgemeinen Eindruck von den Wandlungen, die sich seit dem Kriege vollzogen haben, kann man aus den Statistiken über die Weltproduktion von Nahrungsmitteln und Rohstoffen gewinnen. Die Zahlen zeigen, daß die Erzeugung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen im Jahre 1925 um 16 bis 18 Prozent größer war als 1913, während die Weltbevölkerung gegenüber 1913 nur um 5 Prozent gewachsen ist. Mit anderen Worten, Erzeugung und Verbrauch waren beide absolut und auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, größer als vor dem Kriege.

Das heißt, wenn Nahrungsmittel- und Rohstoffproduktion um 16 v. H. wachsen, die Weltbevölkerung nur um 5 v. H., dann muß, auf den Kopf der Weltbevölkerung gerechnet, der Reichtumswohlstand um 10 bis 11 v. H. gewachsen sein. Betrachtet man nun die Jahre nach der Weltwirtschaftskonferenz, so sehen wir, daß nach den Berechnungen des Instituts für Konjunkturforschung gegenwärtig ungefähr rund 10 v. H. weniger Industriewaren in der Welt erzeugt werden als im Jahre 1913. Und wenn man nun in Rechnung stellt, daß die Weltbevölkerung seit 1913 um mindestens 12 v. H. gewachsen ist, so ergibt sich heute, auf den Kopf der Weltbevölkerung berechnet, ein industrieller Produktionsrückgang gegenüber der Vorkriegszeit um etwa ein Fünftel. Wir sind also in den letzten Jahren der Weltwirtschaftskrise, wohlstandsgemäß gesehen, unter den Stand von 1913 auf der ganzen Weltlinie herabgesunken, und zwar um 20 v. H.

Angeichts der seit 25 Jahren erfolgten technischen Verbesserung des industriellen Produktionsapparates der Welt, trotz des um ein Fünftel geringeren Verbrauches, zeigten uns alle unsere Beratungen ein so schweres Versagen der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung, daß ihr damit eigentlich ihre weitere Existenzberechtigung entzogen sein sollte.

Nun wissen Sie als Tabakarbeiter besser als mancher andere Berufsstand der deutschen Arbeiterklasse, daß die Wirtschaft und ihr Konjunkturverlauf in der ganzen Welt sehr wesentlich abhängig ist vom Umfang der Weltwirtschaftsbeziehungen und des Welthandels selbst. Und wenn ich jetzt von der zusammengebrochenen Produktion der indu-

strielen Gütererzeugung auf den Welt-handel einen Blick werfen darf, so zeigt er, daß der Verlust hier noch stärker ist als in der Erzeugung. Er beträgt preismäßig 40 v. H. und mengenmäßig 60 v. H. gegenüber dem Höchststande von 1929. Also beträgt hier der Verlust nicht 40 v. H., sondern 60 v. H., wodurch klar geworden ist, daß die Welthandelsbeziehungen der Völker gegenüber den früheren Jahren einen wesentlichen Rückgang erfahren haben. Man kann also von einer Weltwirtschaftskatastrophe sprechen, ob wir von der Produktion ausgehen oder vom Welthandel, die in der Geschichte des Menschengeschlechts und der kapitalistischen Entwicklung ihresgleichen bisher nicht gehabt hat.

Die Ursachen der Krise

Weil das so ist, stand am Anfang der Erörterung über die Ursachen dieser Krise in Deutschland eine lebhaft Auseinandersetzung, ob sie zurückzuführen sei auf innerdeutsche falsche wirtschaftliche und sozialpolitische Maßnahmen, oder ob diese Krise auch in ihren Anfängen schon erkennen ließ, daß es sich um eine echte, rechte kapitalistische Wirtschaftskrise der Welt handelt. Wenn das Unternehmertum hätte nachweisen können, daß diese Wirtschaftskrise auf falsche innerdeutsche politische Maßnahmen zurückzuführen gewesen sei, dann hätte es keinen Mann gegeben, auch unter uns nicht, der nicht verpflichtet gewesen wäre, diese falschen Maßnahmen und die daraus entstandenen schweren Schäden unbedingt abzustellen. Denn der Kreis von sechs bis sieben Millionen Arbeitslosen in Deutschland ist ja viel zu groß, um nicht jede solcher falschen Maßnahmen, sei sie auch zugunsten der Arbeiterklasse erfolgt, abzuändern, um das Heer der Arbeitslosen zu vermindern. Wenn aber umgekehrt die arbeitende Bevölkerung und ihre Wortführer recht behielten, daß die Wirtschaftskrise eine solche des privatkapitalistischen Systems sei, dann mußte in der Welt der Gedanke entstehen, den ja selbst Herr Straßer im Reichstag Ausdruck gegeben hat, daß eine ungeheure Sehnsucht, eine anti-kapitalistische Sehnsucht, durch die Welt geht. Ich bin stolz darauf, daß die deutsche Arbeiterschaft und ihre Führung in diesen Auseinandersetzungen das Recht und die Wahrheit auf ihrer Seite hatten.

Der Professor Spiethoff an der Universität Berlin hat festgestellt, daß wir Wirtschaftskrisen seit etwa 1840 in England, dem Mutterland des Kapitalismus, seit 1850 in Deutschland und später Wirtschaftskrisen in den Vereinigten Staaten von Nordamerika beobachten konnten. Es ist zum Beispiel festgestellt worden, daß der Preisverlauf mit dem Konjunkturverlauf parallel geht, und daß man nun vor der Frage steht, ist denn der Preis stets die Ursache der Krise, oder ist die Krise aus unbekanntem Ursachen eine weitere Ursache des Preissturzes, oder stehen Preissturz und Abgang der Wirtschaftskonjunktur in Wechselwirkung? Welches sind denn eigentlich die treibenden Kräfte? Professor Spiethoff stellt folgende interessante Tatsachen fest:

Von 1850 bis 1853 waren in Deutschland zwei Jahre hindurch wirtschaftlicher

Niedergang, und zwar im geographisch noch ungeeinten Deutschland. Von 1853 an folgten sechs Jahre wirtschaftlichen Aufschwungs. Von da ab folgten wiederum vier Jahre des Niedergangs und dann neue fünf Jahre des Aufschwungs. Es folgen ferner zwei Jahre des Niedergangs und abermals fünf Jahre wirtschaftlichen Aufstiegs. Bis zu diesem Zeitpunkt, nämlich bis zum Jahre 1873, war die Zahl der Aufstiegsjahre wesentlich größer als die der Niedergangsjahre, das heißt, die Zeiträume aufsteigender Wirtschaftskonjunktur waren jeweils bedeutend länger als die Perioden der Krise. Von 1874 an bis 1879 werden die Krisenjahre länger und die Konjunkturjahre geringer. Dann folgen drei Jahre des Aufschwungs und wiederum fünf Jahre Krise. Es folgen abermals nur drei Jahre des Aufschwungs, denen erneut vier Jahre des Niedergangs folgen, so daß im Zeitraum 1874 bis 1890 umgekehrt die Krisen länger sind als die Perioden aufsteigender Konjunktur.

Danach war Deutschland im Jahre 1894 mit seinem gesamten Wirtschaftsvolumen wieder auf den Stand von 40 Jahren zuvor, nämlich auf den Stand von 1854 herabgesunken. Und nun wendet sich wiederum das Bild der Konjunkturbe-wegung. Von 1895 an beginnen sechs Jahre des wirtschaftlichen Aufstiegs, ihnen folgen zwei Jahre des Niedergangs, dann wiederum fünf Jahre des Aufschwungs und zwei Jahre des Niedergangs, um von 1910 bis 1913 noch einmal vier Jahre wirtschaftlich steil aufzugehen. Eine Linie, wenn man sie in der graphischen Darstellung sieht, die England überholt hat in seiner Position, und die, wie Sie alle wissen, wesentlich zum Weltkrieg beigetragen hat. Diese Wellenbewegung des Konjunkturverlaufs im Zeitraum von mehr als einem halben Jahrhundert zeigt, daß Wirtschaftskrisen ganz natürliche Begleiterscheinungen eines kapitalistischen Systems sind, daß keine Hauptursachen aus politischen oder sonstigen Beweggründen vorliegen, sondern daß Ursachen gegeben sein müssen, die im Wesen dieses kapitalistischen Systems wurzeln und solange wirken, wie das System selbst lebt.

In Wahrheit geht es nicht darum, ob eine freie Wirtschaft besser aus der Krise kommt oder nicht, sondern es geht darum, daß die kapitalistische Entwicklung auf diesem Höhepunkt am Ende des Alphabets ist. Es ist die Frage, ob man eine Wirtschaft auf dieser Höhe einfach schalten und walten lassen kann. Man kann es nicht, wenn auch die Wortführer des Kapitalismus, wie zum Beispiel Schlenker und Silverberg, behaupten, daß die Wirtschaft gesund sein würde, wenn sie frei ist, wenn man die Wirtschaft nach eigenem Ermessen schalten und walten ließe, ohne staatliche Eingriffe bei der Regelung der Löhne und Arbeitszeit, bei den Entlassungen, bei den Fragen der Sozialpolitik, wenn der Staat als Inbegriff der Gesellschaft und Nation hier nicht eingriffe, dann wäre die Wirtschaft allerdings so ungeheuerlich gesund, daß eine ganze Menschheit noch mehr schmachten würde als heute.

Aber die Wirtschaft war ja zu Anfang frei. Die kapitalistische Wirtschaftsform hat jene ungeheuerlichen Wirkungen ge-

zeitigt, von denen Marx sagte, daß bei 2 v. H. der Profit über Leichen schreitet, aber bei 10 v. H. triumphiert über den Säugeln der gefallenen Menschen. Gerade darum mußte der Staat gesetzliche Maßnahmen zur Zügelung des Kapitalismus ergreifen, um nicht dessen kannibalische Gesundheit auf die Völker loszulassen.

Also in Wirklichkeit haben die Krisen andere Ursachen, und sie liegen in dem gewaltigen Unterschied, daß dieses privatkapitalistische Wirtschaftssystem die Produktivkräfte des Volkes und der Völker ins Ungeheure entfaltet hat, eine Anerkennung, die wir ihm gern zollen wollen, aber daß dieses System nicht fähig ist, mit den unerhört entfaltenen Produktivkräften die Märkte zu erweitern, den Umsatz zu steigern und das Menschengeschlecht am Segen dieser Entwicklung teilnehmen zu lassen.

Der Völkerbund hat den internationalen Charakter der Krise schon erkannt, als die Wortführer des deutschen Unternehmertums aus durchsichtigen Gründen noch immer von einer spezifischen Wirtschaftskrise sprachen. Er beschloß bereits im September 1930, eine Erhebung über den Verlauf und die Ursachen der Krise anzustellen. Und dabei sprach er den Wunsch aus, hierin die Unterstützung des Internationalen Arbeitsamtes zu finden. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes, ein Gremium von Vertretern der Arbeiterschaft und der Unternehmer, hat damals auf verschiedene Ursachen der Wirtschaftskrise hingewiesen, die nach seiner Ansicht zu der ungeheuren Arbeitslosigkeit in der Welt beigetragen haben. Diese Feststellungen decken sich im wesentlichen mit der Ueberzeugung, die in unseren gewerkschaftlichen Kreisen vorhanden ist. Ich zitiere einen kleinen Abschnitt, um zu zeigen, wie jenes Gremium das Problem sah:

Mangelndes Gleichgewicht zwischen Produktion und Absatz in der Landwirtschaft, Mißverhältnisse zwischen der Erzeugung vieler Industriewaren und der Aufnahmefähigkeit des Marktes, Mangel an Elastizität der Währungen und des Kredits gegenüber den Goldreserven, Mangel an Vertrauen und hierdurch verursachte mangelhafte internationale Verteilung dieser Goldreserven und der verfügbaren Kredite, Sturz der Kaufkraft des Geldes in Ländern mit Silberwährung, Störungen des internationalen Handels, ungenügende Anpassung der demographischen Bewegung (Auswanderungen) an die Naturkräfte der Erde, zu rasche Entwicklung der Maschine und gewisser Rationalisierungsmethoden.

Man könnte die Serie der Ursachen noch um viele ergänzen: Das Zusammen-treffen des Krieges und die aus ihm hervorgegangene industrielle Entwicklung der Agrarländer, die Tatsache, daß wir in Europa an Stelle von 22 Staaten vor dem Kriege heute deren 28 mit abgeriegelten Grenzen haben, die weltpolitische Unruhe, das bis vor kurzem ungelöste Reparationsproblem in der Welt, ferner die Fehlleitungen des Geldes und vor allem seine Anhäufungen in den Gläubigerstaaten, der Kreditentzug der Gläubigerstaaten gegenüber den Schuldnerstaaten, also das, was wir die Kreditkrise von 1931 nennen. Ein beim Völkerbund wirkender Gelehrter hat etwa 78 verschiedene Ursachen aufgedeckt, die alle in

einer Richtung wirken und die Krise ungeheuer verschärft haben.

Die Quäker-Organisation der Welt hat einmal an uns eine Rundfrage gerichtet, worin wir das Uebel der Krise sehen. Und unser Kollege Leipart vom WGB. hat geantwortet, daß wir erstens im Reparationsproblem eine verschärfende Ursache erblicken und zweitens, daß der Goldstrom der kapitalistischen Wirtschaft nicht vernünftig unter den Völkern der Erde verteilt würde. Wir haben die Feststellung gemacht, daß Ende März 1932 auf den Kopf der Bevölkerung an Goldbestand in Reichsmark entfielen: Frankreich 306, Vereinigte Staaten Amerikas 150, England 54, Italien 32, Deutschland aber nur 14,5 M. Und wenn man beobachtet hat, wie besonders Frankreich — das soll keine Spitze gegen dieses Land sein — seine Goldreserven für seine auswärtige Politik eingesetzt hat, wenn man bedenkt, wie Frankreich selbst England finanziell durch den Abzug seiner englischen Goldreserven zur Erschütterung brachte, dann erst erkennt man, welche Rolle in der kapitalistischen Wirtschaft diese ungerechte Verteilung des Goldstroms in der Welt spielt und welche Ursachen dem Konjunkturverlauf zugrunde liegen. In Deutschland haben sie dazu geführt, daß eines Tages die Schalter geschlossen waren, daß die Banken nicht mehr weiter konnten, weil in einem kritischen Augenblick der auswärtigen Politik die Gläubigerstaaten die kurzfristigen Anleihen aus Deutschland zurückforderten und keine Bank mehr in der Lage war, Geld zu zahlen, nur die Arbeiterbank konnte damals ihren Verpflichtungen nachkommen.

Hemmungen im Welthandel

Und nun eine vierte Serie der Gründe, die für den Welthandel einen größeren Zusammenbruch als für die Weltproduktion herbeigeführt haben. Es ist ein Gesetz der staatlichen Lebensbedingungen, wenn ein Land von einem Agrarstaat zum Industriestaat sich entwickelt, dann sucht sich dieses Land sofort mit einem Gürtel von Maßnahmen zu umgeben, der verhindern soll, daß Waren fremder Völker unnötigerweise in sein Land eindringen. Wenn man aber einen solchen Gürtel um die einzelnen Staaten zieht, wenn man die Gütereinfuhr beschränkt, dann entstehen Handelshemmnisse von ungeheurer Schwere. Die einzelnen Länder haben in Hinblick auf die internationale Kreditkrise solche Maßnahmen in immer schärferem und größerem Umfang durchzuführen. Mit Zöllen und Zollerhöhungen gingen Holland vor, die skandinavischen Länder, aber selbst das alte Freihandelsland England ist zum Schutzoll übergegangen. Es folgen dann währungs-politische Maßnahmen — England hat z. B. seine Währung einfach um 20 v. H. herabgedrückt —, Devisenbewirtschaftung, Beschränkung der Einfuhr und Einfuhrverbote — so ist in der Weltwirtschaft in den letzten Krisenjahren ein Kampf entstanden, den man nur bezeichnen kann: Kampf aller gegen alle.

Der Welthandel beruht bekanntlich auf jenem Teil der Erzeugnisse, der nicht im eigenen Lande hergestellt wird, sondern über die Grenzen hinaus auf den Weltmarkt gebracht wird. Er hat in den

letzten Jahren in Deutschland 12 v. H. betragen, in den Vereinigten Staaten 6 bis 8 v. H., also gemessen an der Gesamtproduktion ist der Anteil nicht viel. Aber der Welthandel im Gesamtumfang gesehen, bedeutet ungeheuer viel, wenn man sich klarmacht, daß die Natur ja ganz willkürlich die Schätze der Erde verteilt hat. Wir haben z. B. eine sehr bedeutende Tabakindustrie, ohne daß wir eine nennenswerte Tabakerzeugung haben. Wir haben eine weltberühmte Eisenindustrie ohne Erze, wir haben eine hochstehende Textilindustrie ohne Rohstoffe. Wenn dieser Welthandel aufhört und von einer bestimmten Wirtschaftspolitik gedrosselt wird, dann müßten ganz ungeheuer schwere Schädigungen für die Gesamtwirtschaft entstehen und darum wehren wir uns in unserer Wirtschaftspolitik ganz energisch gegen die Autarkiebestrebungen unter der Papen-Regierung, weil wir den Kulturstand unserer Bevölkerung nicht herabdrücken lassen wollen. (Beifall.)

Es ist ein ungeheurer Produktionsapparat erzeugt worden, und wir haben feststellen können, daß in der Agrarwirtschaft infolge der künstlichen Düngung und der wissenschaftlichen Betriebslehre eine solche Produktionsmenge hervorgebracht wurde, daß ganze Länder und Völker ihre kostbarsten Güter ins Meer versenken müssen, um den Preis zu halten. Wenn unter solchen Umständen die Völker darben, dann glaube ich, daß als das charakteristische Merkmal dieser Krise herausgestellt werden muß: Es ist keine Krise im Mangel, es ist eine Krise im Ueberfluß, wo die Völker hungern bei vollen Scheuern. (Sehr richtig!)

Deutschland

In Deutschland war gegenüber allen anderen Ländern während des ganzen Krisenverlaufs die Arbeitslosigkeit verhältnismäßig am größten. Beigetragen hierzu hat sowohl seine finanzielle Not, der späte Umbau seines Produktionsapparates, der während der Inflationszeit halb verkümmert war, und nicht zuletzt aber nur zu einem gewissen Teil die Rationalisierung. In seiner Schrift, die der Bundesvorstand vor dem Frankfurter WGB-Kongress zur Begründung der 40stündigen Arbeitswoche herausgegeben hat, haben wir festgestellt, daß in Deutschland die Steigerung der Arbeitsproduktivität infolge der Rationalisierung von 1925 bis 1929 in den Produktionsmittelindustrien im Durchschnitt etwa 30 v. H., in den Verbrauchsgüterindustrien etwa 24 v. H. betrug. Die Mechanisierung der Produktion sowie die einzigartige Beschleunigung des Produktions- und Arbeitsprozesses hat also ein ununterbrochenes Ansteigen der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft bewirkt, und zwar in viel rascherem Tempo und viel größerem Ausmaß als in der Vorkriegs-entwicklung, und hat dadurch zu einer Verschärfung am Arbeitsmarkt beigetragen.

Nun hat man uns gesagt, die Gewerkschaften haben ja diese Rationalisierung gefordert. Das war an sich richtig, denn man mutete seinerzeit den Führern der Arbeiterschaft zu, die Arbeitszeit von 8 Stunden auf 10 Stunden für etwa 8 bis 10 Jahre zu erhöhen und die staatliche Schlichtung zu beseitigen, weil sonst

angeblich die deutsche Wirtschaft gegenüber dem Auslande nicht konkurrenzfähig sei. Damals haben wir dem Unternehmertum gesagt: Rationalisieren Sie Ihren Produktionsapparat, denn vor den Toren Deutschlands stehen nicht nur amerikanische Waren, nicht nur die Autos des Henry Ford, die um das Zehnfache billiger sind als die in Deutschland hergestellten, sondern auch alle die vielen im Wirtschaftsleben erforderlichen Lebenserzeugnisse sind da und begehren Einlaß. Aber wir haben sie nicht gefordert, damit etwa im Rheinland große Kokereien gebaut werden sollten, die, als sie fertig waren, niedergerissen wurden, und daß die deutsche Eisenindustrie mit ihren Lieferanten Verträge auf 30 Jahre machten. Wir haben nicht gefordert, daß die deutsche Rationalisierung ins Uferlose gehen sollte.

Aber trotz dieser Feststellungen haben wir im Bundesbüro Anfang 1930 festgestellt, daß von den damals vorhandenen 6 Millionen Arbeitslosen allein ungefähr 4 Millionen auf den Konjunkturückgang zurückzuführen sind, etwa 800 000 auf Saisonschwankungen, rund 400 000 auf normale Arbeitslosigkeit, die immer auch in guter Konjunktur vorhanden ist, und lediglich etwa 800 000 auf strukturelle Wandlungen, d. h. auf die Veränderungen des Produktionsapparates und der Arbeitsmethoden.

Als wir damals die 40stündige Arbeitswoche forderten, hat der Verein Deutscher Maschineningenieure in Berlin den Wortführer der Unternehmer, Herrn Brauweiler, einen Vortrag halten lassen über die Fragen Arbeitszeit und Arbeitsleistung. Man hat den Bundesvorstand aufgefordert, in diese Versammlung jemand zu schicken, der das Korreferat halten sollte. Nach den Richtlinien unseres Bundes in der Arbeitszeitfrage konnte ich für die 40-Stunden-Woche weder den Lohnausgleich fordern, noch ihn ablehnen, denn wir hatten uns ja auf den Standpunkt gestellt, es gibt Betriebe, die den Lohnausgleich zahlen können, es gibt aber auch welche, die ihn nicht zahlen können. Stellten wir von vornherein die Forderung nach generellen Lohnausgleich auf, dann schlagen wir mit dieser Forderung unsere Forderung auf die 40-Stunden-Woche tot.

Und was war nun das Ergebnis? Im Schlußwort führte Herr Brauweiler aus, daß das deutsche Unternehmertum das an sich hochherzige Angebot der deutschen Arbeiterschaft nach der 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich nicht annimmt. Die deutschen Unternehmer müßten die Forderungen der freien Gewerkschaften ablehnen in der Ueberzeugung, daß der Lohnausgleich ja doch nur eine Frage der Zeit sei. Da stieß mich der Kollege Wissell an und sagte: „Du, die verstehen es besser als die Arbeiter.“ (Sehr richtig!) Ich sage das, um zu zeigen, wie schwer es manchmal ist, eine taktische Maßnahme durchzuführen, wenn die arbeitende Klasse noch nicht fähig ist, die Dinge in ihrer ganzen Tragweite zu überschauen. Wir wären heute alle froh, wenn wir schon am Anfang der Krise die 40stündige Arbeitszeit gehabt hätten, und nicht erst heute, wo wir eine so ungeheure Arbeitslosigkeit zu verzeichnen haben.

Dazu kommt nun in Deutschland, daß man überhaupt nicht mehr von einer freien Wirtschaft reden kann. Wir haben 40 000 Kartelle in Deutschland, die die Preisbildung in der Hand haben und die die Preise nach eigenem Ermessen gestalten. Nur in der Landwirtschaft ist das Kartellwesen nicht so schnell und umfassend durchgeführt worden. Wir haben deshalb das Recht, wenn wir sagen, will die Landwirtschaft die Einfuhr drosseln, um damit ihre Erzeugnisse zu höheren Preisen auf den Markt in Deutschland zu bringen, dann muß auch eine Wirtschaftspolitik gemacht werden, die den Industriearbeitern die höheren Agrarpreise zu zahlen erlaubt.

Wir haben deshalb von Anfang an, weil das kapitalistische System nicht fähig war, aus eigener Kraft die Wirtschaftskrise zu mildern und das Arbeitslosenheer zu verringern, die staatliche Arbeitsbeschaffung gefordert. Wir wollten, daß eine Million Arbeitskräfte ange- setzt werden auf Gebieten der Arbeit, die seit den Krisenjahren liegen geblieben sind. Es bedurfte zu diesem Zwecke eines Kredites von 2 Milliarden Reichsmark, und zwar nicht auf einmal, sondern im Laufe eines Jahres. Was wäre die Wirkung dieser Maßregel gewesen?

Wenn eine Million Arbeiter eingesetzt werden, dann wird sofort der Verbrauchsgütermarkt durch diese Arbeiterlöhne belebt werden. Und wenn der Verbrauchsgütermarkt angepackt wird, dann wird durch die Arbeitsbeschaffung und die Herstellung der für diese Arbeiter benötigten Werkzeuge auch die Produktionsgüterindustrie angepackt, und es würde in einer letzten Wirkung eine Situation entstehen, die von der Seite der staatlichen Arbeitsbeschaffung her das Rad der Wirtschaft in Bewegung gebracht hätte. Wir wollten deshalb eine Arbeitsbeschaffungsanleihe, die jene Milliarden gehorteter Gelder, die im Strumpf stecken, herausholen und unter Führung der Reichsregierung, der Länderregierungen und der Arbeiterbewegung mobil machen und unter einem großen Plan in Deutschland zu versuchen, das ungeheure Unglück der damals 7 Millionen Arbeitslosen zu mildern. Aber die Reaktion sagte sich: Wenn der Staat Arbeit beschaffen muß für die private freie Wirtschaft, dann wird dem Volke ein Anschauungsunterricht darüber erteilt, daß der Kapitalismus am Ende ist.

Der Plan des Papen-Kabinetts steht im strikten Gegensatz zum gewerkschaftlichen Arbeitsbeschaffungsplan. Wir betonten immer wieder, das Unternehmertum könne die Wirtschaft nicht beleben, wenn nicht vorher ein Verbrauchsmarkt eröffnet wird, der größer ist als der jetzige.

Weltwirtschaftskonferenz

Die Regierungen der einzelnen Länder wollen auf einer Weltwirtschaftskonferenz in London im Frühjahr 1933 den Versuch machen, das kapitalistische Wirtschaftssystem zu restaurieren. Wir haben im Bundesbüro und im Internationalen Gewerkschaftsbund dazu bereits Stellung genommen und die Forderungen formuliert, die die Arbeiterklasse an eine solche Konferenz zu stellen hätte. Im Vordergrund der Erörterung müß-

ten etwa folgende Punkte stehen: Internationale Arbeitsbeschaffung, die internationale 40stündige Arbeitswoche, die Beseitigung der Hemmnisse des Außenhandels durch Abbau der Schutzzölle, die internationale Stabilisierung der Währungen durch Zusammenarbeit der Notenbanken der einzelnen Länder, Entspannung der politischen Mißtrauensatmosphäre. Zusammenfassend möchte ich sagen, daß die deutsche Außenpolitik im wahrsten Sinne des Wortes Wirtschaftspolitik zu sein hat.

Umbau der Wirtschaft

Darüber hinaus wollen wir den Umbau der Wirtschaft durchführen. Es geht nicht an, daß die Produktionsmittel in der Verfügungsgewalt des privaten Unternehmertums bleiben können, wenn nicht der Staat und das ganze Volk dauernd Schaden an ihrer Existenz leiden sollen. Unsere Forderungen zum Umbau der Wirtschaft besagen daher, daß die Schlüsselindustrien, also der gesamte Bergbau, die Eisenindustrie, die Großchemie, die monopolisierten Zweige der Baustoffindustrie mit allen ihren Nebenbetrieben zu verstaatlichen seien. Dazu muß kommen eine Zusammenfassung des deutschen Verkehrswesens in einem Monopol und, wie ich hier sagen will, auch ein Sie besonders betreffendes Monopol in der Zigaretten- und Rauchtobak-Industrie. Sie wissen, daß entsprechende Anträge im Reichstag von der Sozialdemokratischen Partei gestellt worden sind, daß wir weiter die Banken in Deutschland ihres Privatcharakters entkleiden wollen, und daß der Staat den Kreditstrom lenken soll. Wir erlebten die skandalösesten Tatsachen, die wie dunkle Punkte auf dem Weg der Krise liegen. Ich erinnere nur an die Fälle Lahusen, Rakennellenbogen und so weiter.

In unseren Kreisen ist darüber eine Berechnung gemacht worden, wie etwa Deutschland mit seinen 23,6 Milliarden Reichsmark Verschuldung sich Einnahmen verschaffen könnte. Wir haben auf dem Ihnen besonders naheliegenden Gebiete die monopolistische Zusammenfassung der Zigaretten- und Rauchtobakerzeugung gefordert. Als Brüning noch Reichskanzler war, hat er uns darauf geantwortet, das gehe so lange nicht, solange Deutschland Reparationen zahlen müsse. Die Siegerstaaten haben die Hand auf unsere Eisenbahnen gelegt, und sobald wir irgendwo Monopole schaffen, werden sie sofort als Pfänder für die Reparationen erklärt. Aber diese Zeiten sind ja vorbei. Wir nehmen an, daß die Ratifizierung des Schlußstriches unter die Reparationen erfolgen wird, und damit wird wiederum die Frage aktuell, ob nicht solche Monopole in Deutschland geschaffen werden sollen. Auf dem Gebiete Ihrer Industrie würde Deutschland zusammen in einem Jahre eine Einnahme von 260 Millionen Reichsmark haben, wenn die Zigaretten- und Rauchtobakindustrie aus der Hand des privaten Besitzes nach dem Muster des österreichischen Monopols in die Hand des Staates gelegt würde.

Es geht bei dem augenblicklichen Stand der Dinge um die Frage, ob wir mit ruhigem Gewissen heute den Umbau

der Wirtschaft fordern können, ohne uns anklagen zu lassen, warum wir in früheren Jahren diese Forderung nicht vertreten haben. Und da muß ich sagen, wir können nicht nur, sondern wir müssen diese Forderung erheben. Wenn wir bedenken, daß die Subventionen des Reiches allein an die deutschen Banken im vorigen Jahre mehr als 1 Milliarde Reichsmark betragen haben, wenn wir bedenken, daß der preussische Staat etwa monatlich 650 000 Reichsmark an Subvention zahlen muß, wenn wir weiter bedenken, daß die Subventionen in Gestalt von Osthilfe an die Landwirtschaft nicht aufhört, wenn also ein Zustand erreicht ist, daß die Inakthaltung der Wirtschaft vom Staate aus erfolgt, dann dürfen wir einen Schritt weiter gehen und sagen: Dann kann der Staat in diesen Wirtschaftszweigen auch die Führung übernehmen. (Beifall.)

Wenn wir in diesen wichtigen Wirtschaftszweigen den staatlichen Eingriff durchgeführt haben, der einmal kommen wird und muß, dann wird er sich im Laufe der Entwicklung auch bei den übrigen Wirtschaftszweigen durchsetzen. Wir brauchen dabei nichts zu zerbrechen zum Unterschiede zu den Ideen, die da meinen, laßt doch erst mal alles kaputt gehen, denn aus den Ruinen blüht neues Leben. Wir wollen die Wirtschaft besser machen und der arbeitenden Menschheit einen höheren Anteil am Ertrage der Arbeit zusichern, wir wollen nicht unseren Kulturstand herabdrücken lassen, auch nicht nur für Jahre, denn wir wissen, was Jahre bedeuten. Wir wollen den Umbau mit allen geistigen Kräften durchführen, und es muß das möglich sein, wenn wir die Geister dafür gewinnen und wenn wir eine geschlossene Phalanx bilden in der Welt der Arbeit. Dann könnte diesem geistigen Druck und dem Ruf, daß das privatkapitalistische System fallen muß, niemand auf die Dauer widerstehen. Nur so lange, wie wir unter uns herumkrackelen, kann das Unternehmertum sich anmaßen, seine kapitalistische Ordnung aufrechtzuerhalten. (Sehr richtig!)

Unsere Richtlinien zum Umbau der Wirtschaft sollten auch dazu beitragen, daß sich ein solches Unglück, wie das der jetzigen Krise, in einem kürzeren Zeitraum nicht wiederholen kann. Heute ist es doch so, je mehr produziert wird, desto schneller kommt wieder die Krise.

Wenn wir uns in der Gewerkschaftsbewegung, deren Aufgabe es ist, für diese Dinge die geistige Grundlage zu schaffen, für diesen Kampf mit allen Mitteln einsetzen, dann dürfen wir doch auch aussprechen: Wenn es wahr ist, daß die links und rechts von uns Stehenden sich auch Sozialisten nennen und ernstlich den Sozialismus wollen, wenn die KPD und die Hitler-Bewegung dieses privatkapitalistische System fallen lassen wollen, hier haben sie die Möglichkeit, an dem Umbau mitzuwirken. Jeder von ihnen, der es offen und ehrlich meint, kann hier seinen Schweiß der Edelsten hergeben, er kann sich um unsere Fahnen sammeln, und es können alle Männer und Frauen sein, die neuen Geist und Kraft und Willen besitzen, am Aufbau der deutschen Zukunft mitzuwirken. (Lebhafter Beifall.)

Die weiblichen Teilnehmer des Verbandstages



Stehend von links nach rechts:

Ida Partosch (Dresden), Helene Schlösser (Aachen), Maria Wolf (Heidelberg), Elisabeth Stolz (Dresden)

Sitzend von links nach rechts:

Minna Lori (Behlage), Frieda Jorgall (Dhlau), Johanna Gentsch (Elbing)

Kolleginnen! Werbt für den Deutschen Tabakarbeiter-Verband!

Am Abgrund vorbei

Berliner Roman von Friedrich Wilhelm Gottfried

Copyright by:
Verlag „Das neue Geschlecht“, Frankfurt a. M.

Als Richard ihr den Vorschlag machte, sich öfters zu treffen, durchschloß sie der Gedanke, daß dies ein Mittel sei, den Kampf herauszufordern. Verteidigung war nicht ihre Art. Sie zog den Angriff vor. Sie täuschte sich nicht. Um sie herum begann ein Raunen und Wispern, als man sie ostentativ mit Behner durch die Straßen des Viertels gehen sah.

Eines Abends saß sie in der elterlichen Wohnstube und las in einem Buche. Die erwachsenen Geschwister waren ausgegangen, die jüngeren schon im Bett. Nur die Eltern saßen am Tisch.

Der Vater legte jetzt die Zeitung hin und nahm die Pfeife aus dem Mund.

„Hör mal, Marie, was sind das für Geschichten! Die ganze Gegend spricht

über dich. Du bist so lange mit dem Helmut gegangen und wolltest ihn in nächster Zeit uns vorstellen. Jetzt ist der Helmut außerhalb auf Arbeit und da fängst du hinter seinem Rücken mit einem anderen an. Das gefällt mir nicht. Du bist alt genug und weißt, was du zu tun hast. Ihr jungen Mädels von heute seid sehr selbständig. Wenn du auf deinen Ruf keine Rücksicht nimmst, so wenigstens auf den deiner alten Eltern. Für den Schwiegersohn danke ich. Der Mann hat einen schlechten Ruf als Trinker, Schuldenmacher, Schürzenjäger und schwadroniert wie ein Hochstapler.“

Marie hatte den Vater ruhig ausreden lassen. Jetzt klappte sie ihr Buch zu und sagte: „Du hast soeben selbst gesagt, Vater, daß ich alt genug bin, um zu wissen, was ich tue. Ich habe Helmut sehr, sehr lieb gehabt. Warum ich ihn aufgegeben habe, ist meine Sache, meine ganz persönliche Angelegenheit. Aber du hast recht. Ich werde euch keine Ungelegenheiten machen. Morgen suche ich mir ein möbliertes Zimmer. Gute Nacht.“

Sie erhob sich und ging hinaus.

Die Schwester war nicht daheim und so war sie allein. Nun brach ihre erkünstelte Ruhe zusammen. Sie warf sich auf das Bett und schluchzte.

So mußte sie den geliebten Eltern gegenüberreten. Sie wußte, wie weh sie dem alten Vater tat und noch mehr der Mutter.

Konnte sie denn die Wahrheit sagen? Würde man ihr glauben?

Nein, sie mußte die Schuld auf sich nehmen. Mußte alles ertragen. Auch das Elternhaus aufgeben. Ihr Kind ging den Eltern vor.

Aber Helmut! Sie weinte heftiger. Dann erhob sie sich matt.

Es mußte sein!

Sie setzte sich an den Tisch und schrieb an Helmut.

Sie müsse die Beziehungen zu ihm abbrechen. Sie habe ihn sehr, sehr lieb gehabt, das wisse er ja selbst. Er sollte sie nicht quälen und nach den Gründen fragen. Sie könne sie ihm nicht sagen. Er möge sie in guter Erinnerung behalten, wie sie ihn.

Die Hinterlassenschaften der Papen-Regierung

Durch den Abgang der Papen-Regierung ist in der abwechslungsreichen Geschichte Deutschlands ein neuer Abschnitt beendet worden. Mit dem Kabinett der Freiherrn und Barone sollte auch eine neue Regierungsform erprobt werden.

Sofort nach seinem Regierungsantritt verkündete von Papen: „Die Nachkriegsregierungen haben den Staat zu einer Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt.“ Um die Abkehr von diesem System vor aller Welt deutlich zu demonstrieren, wurde die Notverordnung vom 15. Juni erlassen. Es folgte ein Sozialabbau auf der ganzen Linie. Kürzung der Kriegsbeschädigtenrenten, der Invaliden- und Angestelltenrenten, der Renten aus der Knappschafts- und Unfallversicherung usw. Die Arbeitslosenunterstützung wurde nicht weniger als um 500 Millionen Mark gekürzt. Der gleiche Betrag wurde dem Volke in Form von neuen Steuern auferlegt. Diese neuen Belastungen mußten in erster Linie von den Lohn- und Gehaltsempfängern getragen werden. Der so herbeigeführte Kaufkraftmord wirkte sich in verhängnisvoller Weise auf die Wirtschaft aus.

Als man sah, daß das Wirtschaftsleben immer tiefer und tiefer sank, bereitete man neue gesetzgeberische Maßnahmen vor. Es folgte das im September verkündete große Ankurbelungsprogramm. Dieses Programm hatte in erster Linie den Zweck, die kapitalistische Privatwirtschaft zu retten und ihr einen neuen Impuls zu geben. Zur Durchführung desselben wurden den Unternehmern 1½ Milliarden Steuergeschenke in den Schoß geworfen. Außerdem erhielten die Unternehmer 700 Millionen staatliche Lohnsubventionen. Daneben wurde noch eine Reihe Liebesgaben an Agrarier, Hausbesitzer usw. ausgeteilt. Für die Arbeiterschaft hatte man nur weitere Belastungen zur Verfügung. Die ohnehin niedrigen

Löhne sollten weiter gekürzt werden, damit das Arbeitsbeschaffungsprogramm richtig funktioniere. Doch nicht nur dies. Auch das in der Verfassung gewährleistete Tarifrecht wurde unterhöhlt und in wichtigen Bestimmungen unwirksam gemacht.

Die Goldschreiber des kapitalistischen Systems wurden nicht müde, täglich die Vorzüglichkeit einer solch großangelegten Maßnahme zu betonen. 2½ Monate nach Inkrafttreten des Ankurbelungsprogramms ist man in der Lage festzustellen, daß die Arbeitslosigkeit keineswegs in dem erhofften Umfang vermindert werden konnte. Geblieben ist nur eine maßlose Verbitterung der entrechteten Volksschichten, weil auf ihrem Rücken die Maßnahmen in der Hauptsache durchgeführt wurden. Riesige Staatsgeschenke hier, wurden mit Verschlechterung des Lebensstandards dort ausgeglichen. Die sozialpolitische Bilanz der 170 Tage Papen-Herrschaft ist verheerend.

Wirtschaftspolitisch sind Erfolge kaum zu verzeichnen. Die einseitige Zusammenfassung des Kabinetts führte zu besonderen Aktionen für die Landwirtschaft. Dem landwirtschaftlichen Großgrundbesitz wurden nicht geringe Mittel in Form von Osthilfegebern, Genossenschaftshilfen, Zollerhöhungen usw. gewährt. Daneben versuchte man eine grundsätzliche Aenderung der Handelspolitik herbeizuführen. Einig in dem Willen, der Landwirtschaft auch hier zu helfen, verfiel man auf den Gedanken des Kontingentsystems. Die ausgesandte Tomatenkommission kehrte mit negativen Erfolgen heim. Wie vorausgesehen, wehrten sich die Länder, deren Handel mit Deutschland beschränkt werden sollte, durch Gegenmaßnahmen. Infolgedessen ermühten der Ausfuhr deutscher Industriemaren neue Schwierigkeiten. Arbeiter der deutschen Exportindustrie verloren ihre Beschäftigung. Die Arbeitslosigkeit wurde vermehrt. Die Regierung,

die ausgezogen war, Politik und Wirtschaft gründlich zu ändern, verstand es noch nicht einmal, die öffentlichen Finanzen in Ordnung zu halten. Man schätzt das Defizit des Reichs auf 800 Millionen Mark. Die Auswirkungen der Papenregierung auf die Wirtschaftspolitik waren also gleichfalls verheerend.

Auf politischem Gebiete hinterläßt die Papen-Regierung ein vollständiges Durcheinander. Eine zweimalige Reichstagsauflösung hat das Volk in unfruchtbare politische Kämpfe gestürzt. Eine Terrorwelle hat sich nach Antritt der Papen-Regierung über das Volk ergossen, wie man es bis dahin noch niemals erlebte. Die erste Regierungsmaßnahme war die Aufhebung des S.A.-Verbots. Dadurch wurde die Hitlerische Terrorarmee künstlich gestärkt und ihr volle Freiheit gegeben. Die Folgen sind bekannt. Der zweite Schlag richtet sich gegen die republikanische Regierung in Preußen. Staatsmänner wie Braun und Severing wurden mit Gewalt von ihrem Amt vertrieben. Hunderte von Beamten, vom Staatssekretär bis zum Kanzleidiener herab, wurden ebenfalls von ihren Posten verjagt. Reaktionäre Elemente traten an ihre Stelle. Den politischen Einfluß der Arbeiterklasse suchte man dadurch empfindlich zu treffen.

Dies alles hat aber nichts genügt. Auch die Regierung der Barone konnte unmöglich auf die Dauer gegen 90 v. H. der Bevölkerung ihre Herrschaft aufrechterhalten. So trat sie ab. Und die Hinterlassenschaft des „autoritären Experiments“ ist fürchterlich. Auf keinem Gebiet ist ein Fortschritt zu erblicken. Daß das deutsche Volk derartiges über sich ergehen lassen mußte, liegt daran, daß es sich bei den Wahlen für Leute entschied, auf deren Rücken solche Elemente wie Papen und Konforten in die Macht gelangen konnten.

Die Tränen tropften ihr beim Schreiben auf den Brief und verwischten teilweise die Schrift.

Am nächsten Tage fuhr sie von der Arbeit nach Moabit. Von dort hatte sie auch gute Verbindung nach Siemensstadt und war doch fern von ihrem bisherigen Wohnviertel.

Sie fand bald ein sehr bescheidenes, billiges Zimmer.

Am gleichen Abend fuhr sie zur Mutter. Der Vater hatte Nachdienst. Sie packte ihre geringen Habseligkeiten zusammen und verabschiedete sich von der weinenden Mutter und den Geschwistern. Sie war innerlich nicht so ruhig wie sie sich gab und mußte sich gewaltsam zusammenreißen, um nicht selbst in Tränen auszubrechen.

Sie war nun nicht mehr so oft mit Behner zusammen. Immer wieder drängte sie ihn, die Beschaffung der Papiere zu beilehen. Er hatte immer wieder Ausflüchte und schob allerlei Schwierigkeiten vor. Marie kürzte die Zusammenkünfte mit ihm möglichst ab, da er häufig ange-trunken war.

Von Rätthe hörte sie, daß Rudolfs Onkel, ein Schlossermeister in einer Kleinstadt Hinterpommerns, einen Schlaganfall erlitten und Rudolf gebeten habe, vorläufig sein Geschäft zu führen. Rudolf war diesem Ruf gefolgt und so war nun auch Rätthe allein.

So gut Rätthe im Grunde war, so war sie doch ein wenig leicht und suchte sich über Rudolfs Abwesenheit durch allerlei Vergnügungen hinwegzutrotzen.

An Marie hing sie noch mit alter Liebe, aber sie empfand jetzt eine gewisse Scheu vor der stets düsteren Freundin. Nur wenn sie von Kolleginnen gefragt wurde, warum Marie denn plötzlich mit Helmut gebrochen habe, verteidigte sie Marie.

„Das geht euch gar nichts an! Sie wird schon ihre Gründe haben!“

An einem der letzten Dezembertage sagte Rätthe zu Marie: „Du, Mariechen, ich gehe Silvester zu einem Ball!“

„So, wer hat dich denn eingeladen?“

Rätthe wurde einen Augenblick verlegen. „Behner!“

Marie wollte gerade in ihre Brot-schnitte beißen und saß nun mit offenem Munde da.

„Nun ja, ich traf ihn gestern. Er sagte mir, du kämst doch nicht mit und er sei so einsam. Was ist denn weiter dabei! Rudi ist nicht hier und ich muß doch Silvester feiern! Man ist doch nur einmal jung!“

Marie sah sie starr an. Dann sagte sie ruhig: „Hüte dich vor Behner!“

„Hab' keine Angst!“

Am Tage nach Neujahr saß Marie in der Pause wieder neben Rätthe. Sie beobachtete Rätthe von der Seite. Was hatte denn das Mädel? Vermeinte Augen?

Sie legte Rätthe zärtlich den Arm um den Nacken. „Was ist denn Rätthe? Hast geweint? Ein schlechter Anfang für das neue Jahr!“

Rätthe schüttelte Maries Arm ab. „Geh! Laß mich!“

„Rätthe! Hab' ich das verdient? Hast ja recht, es muß schließlich jeder allein mit seinem Herzeleid fertig werden. Aber da muß man sehr stark sein. Etwas mehr Vertrauen hätte ich aber doch von dir erwartet.“

Vernünftige Mütter, gesunde Kinder

Vor allem eins, die Schwangerschaft ist doch ein natürlicher und für jede gesunde Frau ein höchst wünschenswerter Zustand, darum sollte sie nicht als Krankheit angesehen und behandelt werden! Zahllos sind die Menschen, die eine Schwangere mit wohlgemeinten aber nutzlosen Ratsschlägen bestürmen: dies müsse sie tun und jenes müsse sie lassen! Zahllos sind auch die Mittel, die eine „gute Schwangerschaft“ verbürgen sollen. Allen diesen Leuten und Mitteln gehe die werdende Mutter aus dem Wege und lasse sich das seelische Gleichgewicht nicht durch solch schädliche Beeinflussung trüben. Sie soll in ihrer bisherigen Umgebung möglichst natürlich weiterleben und die obengenannten, wie alle anderen aufregenden und unfreundlichen Eindrücke vermeiden. Sie soll auch nicht ständig ihren Angehörigen gegenüber die schutzbedürftige und bemitleidenswerte Kranke spielen, denn krank ist sie ja gar nicht. Ueber allen kleinen Unannehmlichkeiten und Beschwerden der Schwangerschaft soll leuchtend und tröstend die Idee der Mutterschaft stehen. Aber andererseits darf selbstverständlich von den Angehörigen erwartet werden, daß sie mit dem nötigen Takt und Rücksicht der werdenden Mutter zur Seite stehen.

Der gewohnten Arbeit, sei es nun im Hause oder im Berufe, wird die Schwangere in den ersten Monaten wohl immer ruhig nachgehen können. Langes Stehen oder Sitzen ist freilich nicht so gut wie Körperbewegung mittleren Grades. Das ja Unheben schwerer Gewichte (Kohleneimer!) ist ebenso zu vermeiden wie das Hinunterspringen vom Stuhl und später das Besteigen einer Leiter. Die durchschnittliche Hausarbeit einer Hausfrau ist zweifellos eine recht gute Ausarbeitung für die Schwangerschaft und kann bis in die letzten Tage hinein fortgesetzt werden. Jedenfalls ist eine bequeme oder ängstliche Verwechslung des Körpers sehr zu

widerraten, denn sie beeinträchtigt die Gebärfähigkeit, während vernünftige Körperbewegung straffe, gebärtüchtige Muskeln und eine leistungsfähige Haut erzeugt. Darum braucht auch die gewohnte Leibesübung nicht von vornherein aufgegeben zu werden. Ungeübte Personen würden sich durch falsche Bewegungen natürlich leicht schaden können.

Die beste Körperübung für schwangere Frauen ist jedenfalls das Wandern. Schwangere haben einen erhöhten Sauerstoffbedarf, sie werden in schlechter Luft leicht ohnmächtig und sollten schon deshalb möglichst viel im Freien sein. Außerdem beschleunigt und regelt das Wandern den Blutumlauf in der unteren Körperhälfte, so daß Hämorrhoidalbeschwerden, Stuhlverstopfung und Krampfadern vermieden werden. Die Bauch- und Beckenmuskulatur kräftigt sich gleichzeitig für die bevorstehende schwere Geburtsarbeit. Bis unmittelbar vor dem Geburtsbeginn lasse es sich die junge Mutter nicht verdrießen und wandere täglich ihre zwei bis drei Stunden, mag es auch zuletzt ein wenig schwer fallen.

Die Bekleidung sei hierbei, wie überhaupt, so leicht und zweckmäßig wie möglich. Alles Beengende, z. B. auch runde Strumpfbänder, meide man. Eine Leibbinde zum Stützen des Bauches ist eine schädliche Verzärtelung der Bauchmuskulatur, wenn nicht durch vorausgegangene Krankheiten oder Schwächezustände eine besondere Schonungsbedürftigkeit angezeigt ist.

Besondere Sorgfalt ist auch der Hautpflege zuzuwenden. Spülungen, heiße Fuß- und Sitzbäder sind verboten, dagegen kann man unbedenklich die Unterleibsorgane äußerlich abwaschen. In den ersten Monaten kalte, später laue Duschen und Abwaschungen des ganzen Körpers sollten regelmäßig vorgenommen werden, weil eine leistungsfähige Haut sehr zum Wohlbefinden der Schwangeren beiträgt.

Reigung zum Wundlaufen bekämpft man besser mit etwas gewöhnlichem Del oder mit Hautcreme als durch Puder. Die Brüste sollen in den letzten Monaten täglich mit einer Mischung aus Alkohol und Glycerin zu gleichen Teilen eingerieben werden, um sie für das Stillen vorzubereiten. Besondere Sorgfalt schenke die werdende Mutter der Zahnpflege, denn die Zähne sind durch den hohen Kalkbedarf des Kindes gefährdet. Der Satz „Jedes Kind kostet der Mutter einen Zahn“ besteht nicht zu unrecht.

Was die Ernährung angeht, so mache man sich doch endlich von dem törichtsten Glauben frei, Stärkungsmittel oder eine besonders üppige Kost könnten hier Wunder tun. Weder Ummengen von Malzbier oder Milch noch besondere Nährpräparate sind notwendig. Das Natürliche ist in der Ernährung der Schwangeren wie in ihrer ganzen Lebensweise immer das einzig Richtige. Sie esse so viel, wie sie Appetit hat, nicht mehr und nicht weniger. In den ersten Monaten besteht meist Neigung zu morgendlichem Erbrechen; das hilft nicht selten eine trockene Semmel vor dem Aufstehen genossen. Ernste Fälle gehören natürlich in ärztliche Behandlung.

Später beengt die heranwachsende Frucht den Magen, darum sollten schwere Speisen vermieden werden und häufig kleine Mahlzeiten an die Stelle von großen Einzelmahlzeiten treten. Vor allen Dingen sei das Abendbrot recht knapp, um den Schlaf nicht zu beeinträchtigen. Obst, in großen Mengen genossen, wirkt für Schwangere außerordentlich günstig, wie sie ja ein natürliches Verlangen schon zu reichlichem Obstgenuß hintreibt. Bei einer einfachen, natürlichen Ernährungsweise kann die Mutter noch am allerehesten auf ein kleines Kind und wenig Fruchtwasser und damit auf eine leichte Geburt rechnen.

„Sagst mir ja auch nicht, was du mit Helmut gehabt hast!“

„Du, Marie“, rief eine Kollegin von der anderen Tischseite herüber, „dein Richard geht jetzt auch stemplen!“

„So?“ gab Marie gleichmütig zurück.

Die andere schlug die Hände zusammen.

„Was, das weißt du nicht? Na, ihr seid mir ein schönes Paar! Hab' heute morgen den Wage Schmidt getroffen. Der hat mir's erzählt. Der Meister hat ihm Vorschläge gemacht, weil er wieder mal besoffen war und bei der Arbeit schluderte. Da ist er dem Meister frech gekommen und der hat ihn rausgeschmissen. Dabei hat er noch großartig Silvester einen Ball mitgemacht. War er nich dein Kavaliere, Käthe?“

„Kümmere dich um deine Sachen!“ gab diese müttend zurück.

„Scheint dir ja schlecht bekommen zu sein.“ Dann wandte sich die Kollegin wieder zu Marie. „Meeste, Marie, du warst doch schon dämlich, daß du den Helmut hast loofen lassen.“

Marie schwieg. Daß Richard arbeitslos war, interessierte sie wirklich nicht. Aber

Käthes Verhalten beunruhigte sie. Sollte Behner auch nach ihr seine Krallen ausgestreckt haben?

Am Nachmittag traf sie sich mit ihm. Er klagte ihr sein Leid, daß er nun nichts verdiene und von der Ermerbslosenunterstützung leben müsse. Nun habe er auch nicht einmal das Geld, um die Vorschußgebühren für die Beschaffung der Papiere zu bezahlen. Um die Sache zu beschleunigen, gab Marie ihm das verlangte Geld von ihrem kargen Verdienst.

Es wiederholte sich noch mehrmals, daß er mit Geldforderungen für Vorschüsse an sie herantrat, so daß sie sogar ihre Ersparnisse angeiffen mußte.

Allmählich aber stiegen ihr Bedenken auf. Die Sache dauerte ihr auch gar zu lange.

Sie ließ sich Urlaub geben und fuhr zu der zuständigen Behörde, um sich nach dem Stand der Angelegenheit zu erkundigen.

Der Beamte suchte und suchte, kam zurück und sagte achselzuckend: „Bedaure, hier ist überhaupt kein Antrag eingegangen!“

Einen Augenblick stand Marie wie versteinert, dann dankte sie, um sich nicht zu verraten, dem Beamten mit kurzem Kopfnicken und ging.

Sie war völlig niedergeschmettert. Diese Schuftigkeit hätte sie dem Manne doch nicht zugetraut.

Sie hatte für heute nachmittag wieder eine Verabredung mit ihm. In der letzten Zeit hatte er sie oft rücksichtslos in der schneidenden Winterkälte auf der Straße warten lassen.

Sie mußte nun zum Ende kommen, so oder so. Sie wollte nicht wieder auf ihn warten und ging zu ihm in die Wohnung.

Er war zu Hause und empfing sie brummig.

Sie schleuderte ihm ihre Anklage und Verachtung ins Gesicht. Er stellte sich ans Fenster, drehte ihr den Rücken zu, steckte die Hände in die Hosentaschen und zuckte schweigend die Achseln.

„Willst du mir nun endlich eine Erklärung für dein jämmerliches Verhalten geben?“ keuchte Marie.

Er dreht sich langsam und sah sie höhnisch an.

Eduard Schüler †

Wieder ist einer jener alten Kollegen von uns gegangen, die schon unter dem Sozialistengesetz für die Tabakarbeiterbewegung tätig waren und ihr bis zum letzten Atemzug die Treue gehalten haben.

Der Zigarrenfortierer Eduard Schüler, am 8. September 1860 zu Bünde geboren, hat am 28. November in seiner zweiten Heimat, Bremen, die Augen für immer geschlossen. Der Verstorbene gehörte am 1. August 1885 mit zu den Gründern des Unterstützungsvereins deutscher Zigarrenfortierer, nachdem er schon früher für den gewerkschaftlichen Zusammenschluß seiner Berufskollegen gewirkt hatte. Das trug ihm den Zorn der Bremer Lokalvereiner ein, mit denen er manchen Strauß ausfechten mußte. Wiederholt

wurde er auch wegen seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit gemahngelt. Dafür genoß er auf der anderen Seite das uneingeschränkte Vertrauen seiner Kollegen, die ihn wiederholt zu Verbandstagen delegierten.

Als dann die Verschmelzung mit dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband erfolgte, zu deren eifrigsten Befürwortern Schüler gehörte, wurde er in Bremen Sektionsleiter der Zigarrenfortierer und Riftenbekleber und blieb es bis zu seinem Tode. Nun ist sein Mund, der so gern Jugenderinnerungen aus Bünde erzählte, für immer verstummt. Wir aber wollen uns geloben, das Andenken des Verstorbenen dadurch zu ehren, daß wir seiner Pflichttreue nachzueifern und in seinem Geiste weiter wirken.

Bekanntmachungen

Achtung, Bevollmächtigte!

Um späteren Irrtümern bei der Berechnung des Unterstützungsanspruches der einzelnen Mitglieder vorzubeugen, ist es erforderlich, die Quittungsformulare für die vom 21. Verbandstag beschlossene Sonderunterstützung an Mitglieder, die am 22. November 1932 arbeitslos oder krank waren, mit dem deutlichen Vermerk

Sonderunterstützung zu versehen.

Am 3. Dez. ist der 49. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

- 18. Nov. Hamburg 300.—
 - 19. Destrigen 150.—, Andernach 35.—, Nordhausen 800.—
 - 21. Schwerin a. d. W. 25.—, Magdeburg 300.—, Untergruppenbach 60.—
 - 24. Heidelberg 200.—, München 450.—, Kaiserslautern 120.—, Hockenheim 166.—, Regensburg 150.—, Sauffen 130.—, Heidenheim 100.—, Alverbissen 20.—
 - 25. Bergedorf 12.—, Löhne 200.—
- Bremen, den 29. November 1932.

J. Krohn.

Allen Personen und Vereinigungen, die des fünfzigjährigen Bestehens des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes durch Glückwünsche und sonstige Aufmerksamkeiten gedacht haben, unseren herzlichsten Dank.

Der Vorstand des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes
Bremen, im November 1932.

„Daß mich mit den Sachen zufrieden. Sag mir lieber, wovon ich leben soll. Wenn du willst, daß ich dir helfe, hilf auch mir!“

„Wie soll ich dir helfen?“

„Bist ja jung und hübsch. Eine schöne Frau kann für ihren Mann mit ihrer Schönheit immer Geld verdienen!“

Aus Marias Gesicht wich jeder Blutstropfen. Ihr schwindelte. Vor ihren Augen tanzten Funken. Sie schnellte nach vorn und schlug ihm mit der geballten Faust mitten ins Gesicht.

Dann riß sie die Tür auf. Stürzte die Treppe hinunter auf die Straße und blieb dort schwer atmend stehen.

Schneidender kalter Wind blies ihr ins Gesicht. Feine harte Schneekörner wirbelten in dichten Massen zu Boden und wurden gleich darauf vom Sturm weitergefegt.

Marie ging wie geistesabwesend die Straßen entlang. Sie sah nicht, wohin sie ging, sie starrte nur immer geradeaus. Sie hörte beim Uberschreiten der Fahrdämme nicht das Fluchen der Chauffeure,

die dicht vor ihr bremsen mußten, um sie nicht zu überfahren. Sie sah nicht, wie die Menschen stehen blieben und ihr verwundert nachschauten. Als sie die große Heerstraße erreichte, ging sie diese entlang in Richtung nach dem Stadttinnern, immer geradeaus.

Das Dunkel des Tiergartens nahm sie auf. Sie schritt den Fußgängerweg neben der großen Chauffsee entlang, auf der die Autos in einer endlosen Kette vorbeirasteten.

Am großen Stern angekommen, wollte sie wieder, ohne sich umzusehen, den Damm überschreiten. Passanten riefen warnend hinter ihr her, ein Verkehrsposten winkte ihr, zurückzutreten und deutete auf das grüne Lichtsignal.

Sie hörte nichts und sah nichts.

Ein Auto hupte, Frauen schrien auf, der Chauffeur versuchte zu bremsen — aber der Kotflügel erfaßte Marie, die ungefähr 10 Meter weit fortgeschleift wurde.

Menschen sammelten sich an, ein Schupo erschien.

Ausgeschlossen nach § 14 des Statuts wurden:
In Eisenach die Zigarrenarbeiterin **Lina Kühn**, geb. 21. 12. 96, eingetr. am 6. 5. 27, Buch SA 1896.
In Danzig **Eboin Lange**, eingetreten am 24. 10. 29, Buch SA 31 471.
In Danzig **Georg Bygus**, eingetreten am 29. 1. 27, Buch SA 5063.
In Danzig **Margarete Krest**, eingetreten am 6. 5. 25, SA 15 042.

Unserem Kollegen und 2. Bevollm.

Adolf Kretzschmar

zu seinem am 4. Dezbr. stattfindenden **40jährigen Verbandsjubiläum** die besten Glück- und Segenswünsche.

Die Mitglieder
der Zahlstelle Eilenburg

Unserer Kollegin und unserm Kollegen

Hans Bachmann u. Gemahlin

zu ihrer am 7. Dezember stattfindenden silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Die Mitglieder
der Zahlstelle Mühlhausen



Anerkannt beste Bezugsquelle!
Billige böhm. Bettfedern

und Daunen. Nur reine gutfüllende Qualitäten. 1 Pfund graue, gute, geschliffene 50 $\frac{1}{2}$, bessere 80 $\frac{1}{2}$, halbweiße, flaumige 1 $\frac{1}{2}$; weiße, flaumige, geschliff. $\frac{1}{2}$ 1.50, 1.90, 2.50; feinsten Herrenschafts-Daunenschleiß $\frac{1}{2}$ 3.-, 4.-, 5.-. Graue Halbdaunen $\frac{1}{2}$ 1.75, halb. Daunen $\frac{1}{2}$ 3.- u. 5.-, weiße $\frac{1}{2}$ 6.-, feinste Brustdaunen $\frac{1}{2}$ 8.50, 10.-. Kuppfedern halbweiß $\frac{1}{2}$ 1.35, weiß 1.95, allerfeinsten Flaumrumpf $\frac{1}{2}$ 2.25, 3.25, 4.25. Versand jeder Menge zollfrei gegen Nachnahme. Von 10 Pfund an auch portofrei. Nichtpassendes umgetauscht oder Geld zurück. — Ausführliche Preisliste und Muster kostenlos.

S. BENISCH in PRAG XII.
Americká ulice Nr. 902, Böhmen.

Ein leeres Auto wurde angehalten und die Bemühtlose hineingehoben.

In derselben Nacht aber ergab sich die Vernichtung des in ihrem Schoße pochenden jungen Lebens.

Der Arzt ging von Bett zu Bett. Jetzt trat er auch zu Marie heran, die bleich und teilnahmslos unter der Decke ruhte.

Der Arzt tätschelte ihre Wange. „Das ist noch einmal gut abgegangen. Es hätte schlimmer kommen können.“

„Wann werde ich entlassen?“ fragte Marie leise.

„So schnell geht das nicht. Sie haben sich leider auch eine Fußverstauchung mit Bluterguß ins Gelenk zugezogen. Das dauert immerhin einige Wochen.“

Marie neigte still den Kopf zur Seite: „Dann bin ich meine Arbeit los.“

Als der Arzt gegangen war, streichelte ihr die Schwester das Haar.

„Seien Sie doch nicht so traurig. Schließlich ist es doch noch ein Glück im Unglück gewesen.“

(Fortsetzung folgt)